25 Jahre DDR Seite 4

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 41 vom 12. Oktober 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Schon 700000 Arbeitslose!

Kapitalisten drohen mit neuen Massenentlassungen

Die gegenwärtige Krise hat ihren Höhepunkt noch längst nicht erreicht. Ende August waren schon 700 000 Männer, Frauen und Jugendliche arbeitslos. In der Automobilindustrie, von der direkt oder indirekt jeder 7. Arbeitsplatz abhängt, stehen weitere Massenentlassungen bevor. Noch in diesem Jahr wollen die Kapitalisten bei VW 6 000 Arbeiter und Angestellte „freiwillig", mit einer „Abfindung" entlassen. In allen Autofabriken von Opel bis zu NSU, gibt es für hunderttausende Arbeiter Kurzarbeit, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. In den Arbeiterfamilien wachsen die Sorgen.



Hagen 1971: 4 000 Stahlarbeiter demonstrieren gegen Kurzarbeit und drohende Massenentlassungen

„Das sind nicht die 80 oder 100 DM, die ich durch die Kurzarbeit weniger verdiene", sagte ein Kollege von VW, *„aber das bleibt doch nicht so, da kommt noch etwas nach."* Schon spricht VW-Boß Leiding davon, daß „einzelne Fertigungsteile vielleicht bald stillgelegt werden müßten" und prophezeit, „bis zum Jahresende wird man noch ohne Massenentlassungen auskommen".

In dieser Situation, in der sich die Krise weiter verschärft, fand vor kurzem bei Opel in Bochum eine Betriebsversammlung statt. Entgegen allen Behauptungen, daß die **Arbeiter jetzt nicht kämpfen könnten, zeigte diese Versammlung die gewachsene Kampfbereitschaft, die Unruhe und den Haß der Kollegen auf die Kapitalisten.** So ging z. B. ein Kollege nach vorn und rief zum „gemeinsamen Kampf um die Arbeitsplätze" auf. Betriebsratsvorsitzender Perschke, als Handlanger der Kapitalisten, griff auf dieser Versammlung wütend die Revolution an, den revolutionären Klassenkampf, und forderte die Revolutionäre auf: *„Warum gehen sie nicht nach China und Albanien, wenn sie meinen, daß da das Paradies sei."* Er lehne, so sagte er, den revolutionären Weg ab, seit 1945 trete er für die friedliche, langsame Veränderung des Kapitalismus ein. Diese Reden Perschkes zeigen seine Angst vor dem wachsenden Einfluß der Partei, davor, daß immer mehr Kollegen den Weg des revolutionären Klassenkampfes gehen. Genosse Jochen B., den seine Kollegen zu ihrem Vertrauensmann wählen wollten, wurde mit seiner Unterstützung entlassen. Die ZÜNDKERZE, die Betriebszeitung der KPD/ML, hat die Opelarbeiter aufgerufen: **„Kampf den Massenentlassungen! Den Widerstand organisieren und gemeinsam für unsere Interessen kämpfen!"** Und die ZÜNDKERZE hat gesagt: **„Massenentlassungen, Krise, das sind Bestandteile des Kapitalismus wie die Ausbeutung. Einzig die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise kann Krisen verhindern."**

Angesichts der wachsenden Unruhe unter den Arbeitern versuchen die Kapitalisten und ihre Handlanger die Arbeitslosigkeit als eine vorübergehende, zufällige Erscheinung hinzustellen und die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit mit allen möglichen „Theorien" zu vertuschen.

Eine dieser „Theorien" behauptet, die schlechte Ausbildung, mangelnde Qualifikation eines großen Teils der Arbeiterklasse sei schuld an Arbeitslosigkeit und Not. Der Ausweg: Umschulung, ständige Weiterbildung. Die Wirklichkeit beweist aber, daß diese Theorie völlig falsch ist. Selbstverständlich ist die Arbeitslosigkeit unter den ungelernten, den angelernten oder den Arbeitern, die nicht in ihrem Beruf arbeiten können, bei der Jugend und den Frauen, die alle zusammen den größten Teil der Arbeiterklasse

Fortsetzung auf Seite 3

Breschnew in der DDR

DieSozialimperialisten werden vom Volk verjagt werden

Drei Tage lang wurden in Ostberlin Militärparaden, große Feiern und lange Reden abgehalten: der Oberchef aus Moskau, Breschnew, war persönlich zu den 25 Jahr-Feiern der DDR erschienen. Und die Honecker-Clique stand wie immer zu Diensten. Mit gekauftem und erpreßtem Jubel in den Straßen Ostberlins wurde Breschnew empfangen: Tags zuvor hatten Rundfunk und Zeitungen die Bevölkerung ermahnt, ja zu erscheinen. Denn Breschnews Teilnahme an den Feiern war kein Höflichkeitsbesuch, sondern hier erschien der oberste Zar des Kreml, um noch einmal zu bestätigen, daß die DDR vor wenigen Tagen durch die Verfassungsänderung „für immer und unwiderruflich" zu einem Vasallenstaat des sowjetischen Sozialimperialismus geworden sei.

Hatten Honecker und seine Clique in den letzten Wochen die ganze Dreckarbeit zu leisten, Lügen zu erfinden und möglichst an den Mann zu bringen, warum es keine deutsche Nation, kein deutsches Volk mehr gibt, sondern nur noch ein „Volk der DDR" und ein „Volk der BRD", so war Breschnew jetzt gekommen, um die ganze Sache als abgeschlossen und fertig abzunehmen. Als oberster Boß – wie in Gangsterkreisen üblich – drückte er sich natürlich gewählter aus als Honecker, fand er geschicktere Worte und machte das Unerhörte zur „Selbstverständlichkeit": „Das 250 Millionen-Volk der Sowjetunion grüßt das DDR-Volk." Im Klartext: Für die neuen Zaren im Kreml gibt es keine deutsche Nation mehr, die Diskussion ist beendet. Und an anderer Stelle der Rede Breschnews: Es gäbe „Versuche, die DDR von der Sowjetunion zu trennen. Dazu würde es natürlich nie kommen". Schlicht und einfach: Die DDR gehört zum Herrschaftsbereich der Sowjetunion und wer behauptet, es gäbe eine deutsche Nation, der richtet sich gegen die Sowjetunion.

Es ist die ganze Arroganz einer imperialistischen Supermacht, von imperialistischen Besatzern, die Breschnew hier zum Ausdruck bringt. Aber diese Arroganz und Kaltschnäuzigkeit kann eines nicht verleugnen: Man kann zwar viele Verfassungen schreiben – Papier ist geduldig. Auch kann man viele Lügen über das „Ende einer deutschen Nation" verbreiten. Aber was man nicht damit erreichen kann, ist, die jahrhundertelange Entwicklung unseres Volkes als **eine Nation** auszulöschen. Unser Volk, das deutsche Volk in der DDR, in Westdeutschland und Westberlin will die nationale Einheit. Aber eine Einheit ohne die gegenwärtigen Herren und Oberherren in Ost und West, sondern ein Deutschland unter eigener, unter der Herrschaft des Volkes!

„Dazu wird es natürlich nie kommen" – da irrt sich Breschnew grundlegend. Natürlich wird das deutsche Volk sich gegen die ausländischen Besatzer und Plünderer erheben und sie verjagen! Daß die sowjetischen Sozialimperialisten entschlossen sind, dies mit aller Gewalt zu verhindern, daß sie sogar die wahnsinnigen Pläne haben, ihre Herrschaft in Europa noch weiter auszudehnen – das ist eine andere Sache, das wird jeder dieser aggressiven Supermacht glauben. Aber die Wunschträume der Sozialimperialisten und die Wirklichkeit, die durch den Befreiungskampf der Völker und des internationalen Proletariats bestimmt wird, sind ebenfalls zweierlei.

Ein zweiter wichtiger Punkt der Rede Breschnews in Ostberlin war, daß er nicht nur auf das 25jährige Bestehen der DDR, sondern auch auf das 25jährige Bestehen der VR China einging, wobei er in der üblichen unverschämten Weise die Politik der VR China diffamierte: Die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus würde den Frieden sichern, jedoch das sozialistische China sei ein Feind des Friedens.

Die Wirklichkeit ist genau anders: Die Sowjetunion ist es, die unter der Führung Chruschtschows und Breschnews Burgfrieden mit dem Imperialismus geschlossen hat, selbst zu einer sozialimperialistischen Supermacht geworden ist, die mit dem imperialistischen Lager gegen die Völker der Welt steht.

Die VR China steht allerdings an der Spitze des anderen Lagers: des Lagers der revolutionären Völker und des internationalen Proletariats. Und das ist sehr wohl kein Lager, das den Ausgleich mit der Unterdrückung sucht, sondern dem Imperialismus – auch dem sowjetischen Sozialimperialismus – den Kampf erklärt. Es ist der einzige Weg zum wirklichen Frieden auf der Welt – denn solange es Imperialismus gibt, solange wird es auch Krieg geben.

AUS DEM INHALT:

Kissingers Nahostreise ..... S. 2
Neues Wehrgesetz gegen den revolutionären Kampf der Soldaten ..... S. 2
Portugal: Revisionisten unterdrücken das Volk ..... S. 2
Kieler Tischlerlehrlinge: reaktionären Lehrer abgesetzt ..... S. 3
Überstundenstreik bei Rheinstahl / Kassel ..... S. 3
25 Jahre DDR ..... S. 4
Wichtige Rede des Genossen Enver Hoxha ..... S. 5
Interview mit einem Mitglied der KPSp/ML ..... S. 6
Antikriegstagsprozeß gegen Genossen Kercher ..... S. 7
Zwangsernährung soll Hungerstreik brechen ..... S. 7
Hamburg: Eltern fordern Wiedereinstellung des kommunistischen Lehrers Dieter Kwoll ..... S. 7
„Der Exorzist" ..... S. 8
Fortschrittlicher Soldat als Zugsprecher abgesetzt ..... S. 8

Kissingers Nahostreise:

Mit Erpressungen gegen die arabischen Völker

Die israelischen Aggressoren gehen zur Zeit lautstark mit neuen „Friedensplänen" für den Nahen Osten hausieren und bieten den arabischen Ländern als Lockvogel „weitgehende territoriale Zugeständnisse". Israels Außenminister Allon schwätzte vor der UNO-Vollversammlung sogar von der „unabhängigen nationalen Identität" Palästinas. Was von diesen angeblichen Friedensabsichten zu halten ist, zeigt sich, wenn Allon sofort betont, daß das palästinensische Problem natürlich nur in bilateralen Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien gelöst werden könne.

Seit wann können die Probleme eines Volkes von anderen Mächten gelöst werden? Noch dazu von Mächten wie den israelischen Aggressoren, die das Territorium Palästinas besetzt halten oder dem jordanischen Henkerregime, an dessen Händen das Blut der palästinensischen Freiheitskämpfer klebt? Solche „Friedensangebote" sind nichts anderes als Erpressungsmanöver, um das palästinensische Volk und die arabischen Länder von ihrem gerechten Standpunkt abzubringen und im Interesse der beiden Supermächte den Zustand weder Krieg noch Frieden im Nahen Osten aufrechtzuerhalten.

Ein besonders übles Erpressungsmanöver plant Kissinger, wenn er jetzt im Auftrag des US-Imperialismus in den Nahen Osten reist. Nachdem Nixon sowohl Israel als auch Ägypten die Lieferung von Atomreaktoren versprochen hatte, heißt es bei Kissinger jetzt: entweder wird der Atomwaffensperrvertrag von 1968 unterzeichnet und auf den Bau von atomaren Sprengköpfen ausdrücklich verzichtet, oder es gibt keine Atomreaktoren. Das ist der altbekannte Versuch beider Supermächte, unter Berufung auf „Frieden und Entspannung" von den Völkern die Abrüstung zu verlangen, während sie selber immer weiter aufrüsten und zu immer gefährlicheren atomaren Mächten werden.

Die arabischen Völker haben aber gerade im letzten Jahr erfahren, daß sie Erfolge nicht erringen, wenn sie die Waffen aus der Hand legen, sondern allein dann, wenn sie sie gemeinsam gegen ihre Unterdrücker erheben. Die arabischen Völker werden dieser sogenannten „Hilfe" der US-Imperialisten genauso zu begegnen wissen, wie sie immer besser erkennen, daß auch die „Hilfe" der sowjetischen Sozialimperialisten nichts ist als Erpressung, Betrug und Sabotage an ihrem gerechten Kampf. Erst kürzlich hat Ägypten angekündigt, daß es den Kauf von 8 sowjetischen Flugzeugen rückgängig machen wird, da sie so schlecht sind, daß eines dieser Flugzeuge schon beim ersten Probeflug abstürzte.

Die Lösung der Palästinafrage und der Frieden im Nahen Osten werden niemals durch irgendeine imperialistische „Hilfe" geschaffen werden können. Das kann allein das Ergebnis des konsequenten bewaffneten Kampfes des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker sein. So erklärte auch Ägyptens Außenminister vor der UNO-Vollversammlung, sein Land werde den „Status von kein Krieg und kein Frieden" nicht akzeptieren, da er nur „dem aggressiven Israel" diene.

Neues Wehrgesetz:

Gegen den revolutionären Kampf der Soldaten

Eine „einfache Willenserklärung" soll es künftig jedem Wehrpflichtigen möglich machen, sich „frei" zwischen Bundeswehr und Ersatzdienst zu entscheiden. Ein neues Gesetz, das schon am 1. Januar 1976 in Kraft treten soll, beseitigt die bisher notwendige „Gewissensprüfung" für die Kriegsdienstverweigerer. Die bürgerliche Presse hat diese Pläne als „längst überfällige Reform", als „Verbesserung der Wehrgerechtigkeit" gepriesen. Was steckt wirklich hinter diesem Gesetz, welche Ziele und Absichten verfolgt die Bourgeoisie damit?

Natürlich denken die westdeutschen Imperialisten nicht im Traum daran, ihre Armee zu entwaffnen oder die Zahl der Soldaten zu senken. Die Erfahrungen zeigen, daß alle bisherigen „Reformen" der Bundeswehr nur das Ziel hatten, die Schlagkraft und die Aggressivität der Armee zu erhöhen, den Kampf und die Empörung der Soldaten zu unterdrücken. So diente z. B. die Verkürzung der Wehrpflicht von 18 auf 15 Monate dazu, eine größere Zahl von Jugendlichen in der Armee zu erfassen und den Reservistenbestand beträchtlich zu erhöhen. In einem Interview mit „Bild" hat Kriegsminister Leber klar gesagt: „Bestand und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bleiben also uneingeschränkt. Dafür verbürge ich mich."

Die Bourgeoisie rechnet mit der ständig steigenden Zahl der Wehrpflichtigen in den nächsten Jahren (von 384 000 in diesem Jahr auf fast 478 000 1982), während ihr „Bedarf" mit 220 000 – 230 000 fast gleichbleibt. Dazu kommt, daß die Ersatzdienstleistenden drei Monate länger verpflichtet werden als die Soldaten, und daß die „freie Wahl" für die Soldaten, sind sie erst einmal bei der Bundeswehr, nicht gilt. Um ganz sicher zu gehen, ist im Gesetz festgelegt, daß jederzeit wieder ein Prüfungsverfahren eingeführt werden kann.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr und der reaktionäre Bundeswehrverband haben das neue Gesetz begrüßt. Sie versprechen sich davon, genau wie Leber und Schmidt, eine „Verbesserung des Betriebsklimas". **„Verbesserung des Betriebsklimas", das soll heißen, Milderung, Abschwächung des Klassenkampfes in der Armee. Gegen den Terror und die Unterdrückung in der Bundeswehr, gegen die Erniedrigung der Soldaten durch die Offiziere, gegen den Manöverterror und die aggressiven, imperialistischen Ziele der Armee haben die Soldaten ihren Kampf verstärkt.** Befehlsverweigerungen, Sabotage, Bestrafung von Offizieren, eine wachsende Zahl von militanten fortschrittlichen antimilitaristischen Komitees, während die Zahl der Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer zurückgeht, zeigt, daß immer mehr Soldaten den Weg des revolutionären Klassenkampfes gehen. **Ein Hauptgrund für das neue Gesetz ist daher das Herausputzen des Pazifismus und der Kriegsdienstverweigerung durch die Bourgeoisie, der Versuch, die fortschrittlichen Soldaten und Wehrpflichtigen vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten und in die Arme des Revisionismus und Reformismus zu treiben.** Wer sich „frei" für die Bundeswehr entscheidet, der soll, diesen Eindruck will die Bourgeoisie erwecken, auf den Klassenkampf verzichten.

Um die Schlagkraft der Bundeswehr zu erhöhen, haben die Imperialisten darüberhinaus den Plan, die „Kerntruppe der Bundeswehr" zu verstärken, die Zahl der Berufssoldaten von jetzt schon 60 % auf ca. 70 % zu erhöhen.

Die Tatsachen beweisen, daß die westdeutschen Imperialisten nichts von ihrer Aggressivität verloren haben, daß sie, im Rahmen der Rivalität der beiden Supermächte, ihre aggressiven Handlungen verstärken. Die jungen Wehrpflichtigen und Soldaten werden sich aber im revolutionären Klassenkampf zusammenschließen und der Parole der Partei, im Ernstfall die Gewehre umzudrehen, sie gegen die Imperialisten zu richten, folgen.

Portugal:

Die Revisionisten unterdrücken das Volk

Nach dem Rücktritt von General Spinola ist in Portugal ein neuer Staatspräsident eingesetzt worden und eine neue Regierung gebildet worden. Die Ereignisse, die zum Rücktritt Spinolas führten, die Verhinderung der Kundgebung, die Auseinandersetzungen in der herrschenden Clique werden von den modernen Revisionisten als neuer Schritt Portugals auf dem Weg zu „Demokratie, Fortschritt und Unabhängigkeit", als die Verhinderung eines „neuen Chile" gepriesen. Was ist daran wahr? Was hat sich in Portugal wirklich geändert?

Tatsache ist, daß die Auseinandersetzungen in Portugal den Einfluß und die Stellung der modernen Revisionisten in der Regierung und im Staat beträchtlich erhöht haben. Es hat sich gezeigt, daß die revisionistische Partei neben der Armee die wichtigste organisierte politische Kraft im Lande ist. Der Revisionistenhäuptling Cunhal hat selbst in einem Interview mit der „Wahrheit" angedeutet, daß die revisionistische Partei auch innerhalb der Armee, in der „Bewegung der Streitkräfte", Ansehen und Einfluß hat. Die Freudenrufe der modernen Revisionisten, daß es gelungen sei, einen „Rechtsputsch" durch die „Allianz zwischen Volk und Armee" ohne Blutvergießen zu verhindern, ist der Rauchvorhang, mit dem die modernen Revisionisten die Erfolge ihrer Clique, die Stärkung ihres Einflusses preisen.

Die Revisionisten haben die Arbeiter aufgerufen, mit Streiks „nicht zu voreilig" zu sein, und einem Streikgesetz zustimmten, das wirklichen Kampf verbietet.

Die modernen Revisionisten bekämpften die wirklichen Revolutionäre, riefen dazu auf, ihre Demonstrationen mit Polizeigewalt aufzulösen und taten es auch, befürworteten das Verbot revolutionärer Zeitungen und beschuldigten die Revolutionäre, mit den Faschisten zusammenzuarbeiten. Auch wenn die modernen Revisionisten an der Macht beteiligt sind, heißt das, daß die Unterdrückung des Volkes fortgesetzt wird.

Die modernen Revisionisten sind eine große Gefahr für das portugiesische Volk. Sie öffnen dem sowjetischen Sozialimperialismus die Tür und erleichtern es ihm zu versuchen, Portugal unter seine Kontrolle zu bekommen. Angesichts der Tatsache, daß Portugal ein kleines Land ist, angesichts der geschwächten Situation des USA-Imperialismus in Südeuropa, werden die sowjetischen Sozialimperialisten nicht zögern, in Portugal Einfluß zu bekommen, wie sie es in Griechenland getan haben. Es ist kein Zufall, daß Breschnew in seiner Rede in Ostberlin die Ereignisse in Portugal begrüßt hat und ihre Bedeutung für die Sowjetunion und die revisionistischen Länder hervorgehoben hat.



Trotz Militär- und Zivilpolizei demonstrieren in Lissabon am 7. August die Massen gegen das Verbot revolutionärer Organisationen, gegen Reaktion und die sozialfaschistische Cunhal-Bande.

In Wirklichkeit verkörpern die modernen Revisionisten, trotz ihres demagogischen Geredes vom „Kampf gegen die Reaktion", selbst die Reaktion. Sie unterstützten Spinola bei dem Versuch, die ehemaligen portugiesischen Kolonien durch politische Manöver und Fortsetzung der Aggression unter Kontrolle zu behalten; sie „warnten" das portugiesische Volk von Anfang an davor, „zu weit zu gehen", das heißt für wirkliche Unabhängigkeit und Demokratie zu kämpfen, die Macht der Reaktion wirklich zu brechen; sie schützten die Militärstützpunkte des USA-Imperialismus in Portugal, indem sie diese Frage „vorerst ausklammerten", sie verhinderten den Kampf gegen die ausländischen Monopole, indem sie ihre Enteignung ablehnten, indem sie die Arbeiter aufriefen, mit Streiks „nicht zu

Das portugiesische Volk aber will nicht den einen Unterdrücker mit dem anderen vertauschen, es will nicht, daß sein Land zum Schauplatz der Rivalität der Supermächte wird – es wird schließlich im Kampf gegen alle imperialistischen Eindringlinge, gegen Reaktion und Revisionismus den Sieg erringen.

Deine scharfe Waffe...

ROTER MORGEN

Veranstaltung in Oberhausen, 26. 7., 75 DM – W. K., Bochum, 29. 7., 30 DM – Demonstration gegen Faschisten am 17. 6. in Ffm, 2. 8., 33.03 DM – G. H. Sch., Duisburg, 5. 8., 100 DM – Kollege von KWU, Westberlin, 6. 8., 60 DM – Sympathisant aus Würzburg, 6. 8., 20 DM – Arbeitertreff Hamburg-Barmbek, 7. 8., 87,14 DM, Arbeitertreff Hamburg-Altona, 7. 8., 72,50 DM – Jugendtreff der RG Hamburg, 7. 8., 132,67 DM – E. Sch., Westberlin, 7. 8., 106,30 DM – Kunden des Buchladens ROTER MORGEN, Stuttgart, 8. 8., 35 DM – Spende von einer Hochzeitsfeier, Stuttgart, 8. 8., 236 DM – ROTER MORGEN-Leserkreis, Kiel-Gaarden, 9. 8., 57,60 DM – OG Kempten, 12. 8., 35 DM – R. P., Kiel, 12. 8., 200 DM – K. H., Darmstadt, 12. 8., 50 DM – Sympathisanten aus Nürnberg, 13. 8., 30 DM – Treff der RG am 7. 8., Hamburg, 13. 8., 81,05 DM – R. W., Essen, 14. 8., 104 DM – Geburtstagsfeier in Hamburg, 16. 8., 105 DM – Arbeitertreff Moisling, Lübeck, 16. 8., 71 DM – Kunden des Buchladens ROTER MORGEN München, 19. 8., 20 DM – Veranstaltung am 15. 8., 19. 8., 160,54 DM – I. K., Westberlin, 22. 8., 20 DM – B. und P. W., Westberlin, 22. 8., 100 DM – Veranstaltung am 18. 8. in Mannheim, 22. 8., 230,17 DM – Geburtstagsfeier in Mannheim, 22. 8., 28,80 DM – 2 Veranstaltungen zur nationalen Frage in Kiel-Friedrichsort, 23. 8., 167,44 DM – ROTER MORGEN-Leserkreis in Mainz, 26. 8., 73,61 DM – W. K., Essen, 26. 8., 10 DM – A. L., Bremen, 28. 8., 200 DM.

SUMME: 2 731,85 DM

kurz berichtet

WIESBADEN:

Vom 23. 9. bis 29. 9. fand in Wiesbaden die erste Internationale Gymnasiade statt. An ihr nahmen auch Schüler aus der Volksrepublik China teil. Genossen aus Wiesbaden bekamen aus diesem Anlaß Gelegenheit zu einem Treffen mit der chinesischen Delegation. Der Dolmetscher der chinesischen Schüler erkundigte sich nach der Arbeit der KPD/ML. Die Genossen betonten ihrerseits die große Bedeutung des 25. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik China auch für die westdeutsche Arbeiterklasse und ihre Partei und berichteten über die Aktivitäten der KPD/ML anläßlich dieses Jahrestages. Sie drückten abschließend ihre Überzeugung aus, daß die Teilnahme der chinesischen Schüler an der Gymnasiade die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk weiter stärken werde. Der Trainer der chinesischen Schüler überreichte ihnen zum Abschluß drei Plaketten des chinesischen Leichtathletikverbandes und drei Broschüren über den Sport unter chinesischen Kindern.

MARBURG:

Als am 24. 9. Löwenthal in Marburg reden wollte, empfingen ihn die Genossen des KSB/ML Marburg zusammen mit Anhängern des „K"SV und des „K"BW mit antifaschistischen Parolen. Schon sein Vorredner auf der Veranstaltung wurde mit lautstarken Parolen und von revolutionären Liedern unterbrochen. Um Löwenthal zu schützen, standen 160 Polizisten hinter den Kulissen bereit. Ein Wasserwerfer und weitere Polizisten warteten in der näheren Umgebung. Als Löwenthal schließlich ans Mikrophon ging, rief ihm fast der halbe Saal entgegen: „Löwenthal aus dem Saal!" Daraufhin hetzte Löwenthal, der nicht zum Zuge kam, über Mikrophon die Polizei auf einzelne Genossen. 5 Leute wurden festgenommen, darunter eine ältere Frau. Dieser Knüppeleinsatz der Polizei rief so große Empörung hervor, daß die meisten Zuhörer mit Genossen zusammen den Saal verließen.

BREMEN:

Am 27. 9. sollte der antichinesische Hetzfilm „Die Chinesen in Paris" in Bremen anlaufen. Kurz nach Beginn der Abendveranstaltung besetzten etwa 50-60 Genossen die Bühne, sangen die Internationale und riefen Parolen gegen diesen Film. Nach 5 Minuten wurde der Film abgebrochen. Bis zum Ende der Vorführungszeit diskutierten die Genossen anschließend mit den Zuschauern. Der Kinobesitzer mußte schließlich die Absetzung des Films zusagen. Die Genossen der Partei traten dafür ein, daß die Besucher ihr Geld wiederbekamen, was auch geschah. Ein Zuschauer spendete sein Eintrittsgeld für die Partei.

HOF:

Am 20. 9. versuchte die NPD in Hof eine Veranstaltung anläßlich der bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern durchzuführen. Zusammen mit Genossen der Liga und des „Rote-Fahne-Freundeskreises" gelang es der Roten Garde Selb, diese Veranstaltung zu verhindern. Dem Redner wurde das Manuskript zerrissen, das ganze Propagandamaterial der Faschisten wurde zerstört. Die Genossen diskutierten anschließend mit den Gästen der Gastwirtschaft, in deren Hinterzimmer die Veranstaltung stattfinden sollte und stießen bei der Mehrheit auf Zustimmung. Im Anschluß an diese Aktion zogen die Genossen geschlossen durch die Straßen bis zum Jugendheim, diskutierten dort über die Aktion, verteilten das Extrablatt des ROTEN MORGEN „Sie fürchten den Marxismus-Leninismus" und verkauften den ROTEN MORGEN.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML
Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Unterrichtsboykott der Kieler Tischlerlehrlinge

Absetzung eines reaktionären Lehrers erkämpft!

An der Berufsschule in Kiel haben die Tischler des 3. Lehrjahres einen erfolgreichen Kampf gegen ihren reaktionären „Bürgerkundelehrer" und die Schulleitung geführt. Dieser Lehrer griff in der Klasse wütend eine große Parole der KPD/ML gegen die Ermordung des Genossen Günter Routhier auf dem Schulhof als „ungesetzlich" an und behauptete, daß von „deutschen Beamten" kein Mensch ohne Grund erschlagen werde. Im übrigen gebe es die Justiz und die von den „Vertretern des Volkes" beschlossenen Gesetze, an die man sich halten müsse. Dagegen zeigte der kommunistische Klassensprecher den Klassencharakter der Justiz, dieses Staates, anhand der Polizeimorde auf und erklärte die Korruptheit des ganzen Parlaments. Wir drucken hier, etwas gekürzt, eine Korrespondenz über den Kampf der Tischlerlehrlinge ab.

„Der Lehrer J. brach die Diskussion ab. Er forderte den Genossen zum Widerruf auf, andernfalls würde er die Sache weiterverfolgen. Aber der Genosse widerrief nichts, und als der Lehrer erneut auf Widerruf bestand, kam unter den Kollegen eine große Empörung auf. ‚Schweinerei!' ‚Was ist denn das für eine Meinungsfreiheit!' ‚Da kannst du mal sehen, gesagt werden darf nur das, was denen paßt', so und ähnlich empört reagierten die Kollegen. Nur mit Mühe bekam der Lehrer die Stunde über die Runden. Denn im Kreis der Kollegen wurde beraten, was wir gegen diesen faschistischen Anschlag unternehmen könnten.

Plötzlich kreiste eine Resolution in der Klasse. *‚Wir wollen bei Herrn J. keinen Unterricht mehr haben'*; *‚Die Klasse wird sich gegen ihn entschieden zur Wehr setzen'*, das war der Text. **Bis auf den letzten Mann unterschrieben alle.** Die Entschliessung ging an den Direktor mit der Warnung, wenn J. das nächste Mal doch komme, dann werden wir aus der Klasse ausziehen. Diesen Beschluß faßten wir einhellig und im Bewußtsein, daß die Ansichten revolutionärer Kollegen vor reaktionären Anschlägen geschützt werden müssen. Es ging auch um die kämpferische Solidarität mit dem kommunistischen Kollegen, der schon als Schülersprecher Verwarnungen bekommen hatte und von einer Strafanzeige bedroht war.

Am darauffolgenden Berufsschultag, erschien tatsächlich derselbe Lehrer wieder. Geschlossen packten die Kollegen ihre Taschen und ließen den Lehrer allein in der Klasse. *‚Die sollen sehen, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen'*, das war unsere Losung. Im Erdgeschoß kam uns die Schulleitung entgegen. Die Herren wurden blaß, als sie uns ausziehen sahen und baten uns, mit ihnen den Fall zu besprechen, sie seien auch zu Kompromissen bereit. Daraufhin begründete die Klasse nochmals ihre Forderung und wies die Ansicht des Direktors zurück, das ‚staatsgefährdende Reden' nicht zugelassen sind. Wir sind Arbeiter und haben keine Veranlassung, das Grundgesetz zu verteidigen. In die Meinungsfreiheit, die wir meinen, ist der Kommunismus einbezogen.

Der kommunistische Kollege unterstrich, daß er auch vor Gericht für seine Meinung einstehen würde. Nun wurde von Seiten der Schulleitung abgewiegelt. An so etwas sei ja gar nicht gedacht und der Lehrer solle auch gar keine Staatsbürgerkunde mehr geben, sondern nur Geschäftskunde. Sobald Ersatz da sei, sollte er auch ganz rausgesetzt werden.

Das war ein großer Erfolg für uns. In einer anschließenden Beratung unter uns kamen wir zu dem Ergebnis: wir bestehen auf einen neuen Lehrer, bei dem ungehindert diskutiert werden und auch die kommunistische Meinung nicht verfolgt werden darf. Die Klasse wird aber bis zu dem neuen Lehrer nicht den Bürgerkundeunterricht ausfallen lassen, sondern ihn selbständig durchführen. Diese Resolution wurde dem Direktor in der kommenden Pause übergeben. Vorher hatte der kommunistische Kollege eine Ansprache an alle versammelten Jungarbeiter gehalten und den Anschlag angeprangert. **Der zufällig anwesende Direktor bekam bei den Kollegen keinen Stich. Aber die Tischler verspürten durch das Klatschen der anderen Kollegen die Solidarität ihrer Klasse.** Der Kampf muß noch weitergehen. Aber dieser Anschlag wurde mit Erfolg zurückgewiesen. Wir kämpfen unter der Losung:

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN BETRIEB UND SCHULE!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

LEHRLINGE DER AG WESER WERFT

Gegen die Spaltungsmanöver der Revisionisten-Revolutionärer Kampf gegen politische Entlassungen

Auf der Bremer Werft AG Weser sind am 11.9. zwei rote Jugendvertreter und zwei fortschrittliche Lehrlinge mit voller Unterstützung des Betriebsrates fristlos entlassen worden. Der Anlaß: Es fand eine Jugendversammlung mit Lehrlingen über 18 statt. Der Betriebsrat versuchte wieder einmal die Versammlung mit Hilfe des BVG (Jugendversammlungen nur "im Einvernehmen mit dem Betriebsrat") aufzulösen. **Die Kollegen weigerten sich. Sie gingen erst auseinander, als der Strom abgedreht war und die Ausbildungsleitung einzelne Kollegen unter Druck setzte.**

Der Betriebsrat bei der AG-Weser ist ein Büttel der Kapitalisten. Er hatte schon vorher den Programmlohn, eine verschärfte Form des Gruppenakkords, gegen den Willen der Kollegen durchgesetzt, er hatte die Stufenausbildung gepriesen und behauptet, die AG-Weser zahle den Jungwerkern den Hungerlohn von 4,93 DM aus "humanitären Gründen" usw. usf.

Der Kampf der Kollegen dagegen wurde von der Roten Jugendvertretung angeführt. Der Betriebsrat und die Kapitalisten hatten deshalb schon lange versucht, die Kollegen durch Entlassungsterror kleinzukriegen. Sie erreichten genau das Gegenteil. — Vor 10 Monaten sollte Petra G. entlassen werden. Betriebsrat und Ausbildungsleitung versuchten zwar eine Protestversammlung aufzulösen, mußten aber selbst unter ohrenbetäubendem Pfeifen den Raum verlassen. — Als vor 7 Monaten ein Roter Jugendvertreter rausgeworfen werden sollte, streikten die Lehrlinge zwei Tage lang. Die Kündigung konnte nur mit Werksschutz, Werksfeuerwehr, Hausverbot und massiven Entlassungsdrohungen durchgesetzt werden.

Jetzt, bei den neuen Entlassungen, eilten die modernen Revisionisten der D'K'P und die Opportunisten vom 'K'BW den Kapitalisten zu Hilfe und versuchten, den Kampf zu spalten. Der D'K'P-Jugendvertreter Thomsen nutzte seine Position aus,um gegen die Jugendvertreter zu hetzen, verteidigte das arbeiterfeindliche BVG und erklärte die Entlassungen für gerechtfertigt, weil die Jugendvertreter das BVG verletzt hätten. Unter den Lehrlingen werden jetzt Unterschriften für einen Mißtrauensantrag gegen Thomsen gesammelt. Der 'K'BW verbreitet Niederlagenstimmung unter den Lehrlingen, bettelt die IGM-Ortsverwaltung und den OJA an, sie "sollten die ganze Kraft der Organisation gegen die Entlassungen einsetzen", strich in einer gemeinsamen Erklärung der Entlassenen die Angriffe gegen den Betriebsrat, „weil sie die Wiedereinstellung erschwerten", und vertuschte auf diese Weise den arbeiterfeindlichen, unterdrückerischen Charakter des IGM-Apparates.

Aber alle diese Manöver konnten den Kampf der Lehrlinge und Jungwerker gegen die Entlassungen nicht verhindern. Eine Versammlung der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe „AG-Weser-Komitee" beschloß, eine enge Verbindung mit der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe der Vulkan-Werft herzustellen, um die Kampffront zu verbreitern. Einstimmig wurde, nachdem der „K"BW den Saal verlassen hatte, eine Resolution verabschiedet, in der zum Kampf gegen die Entlassungen aufgerufen wird. **Aufgerufen wird auch zum Kampf gegen die modernen Revisionisten und alle Verräter, und für revolutionäre Betriebsräte und Jugendvertreter. 123 DM wurden für Arbeitsgerichtsprozesse gesammelt. Eine ähnliche Resolution wurde von 150 Lehrlingen und Jungwerkern auf der letzten Jugendversammlung der AG Weser einstimmig verabschiedet.**

Die Kampfentschlossenheit der Lehrlinge und Jungwerker auf der AG Weser ist groß. Immer mehr Kollegen schließen sich im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger zusammen.

Kapitalisten drohen neue...

Fortsetzung von Seite 1

bilden, am größten. Aber die Kapitalisten brauchen keine große Zahl von gut ausgebildeten, qualifizierten Arbeitern. Im Gegenteil, der Abbau der Lehrstellen zeigt, daß sie die Ausbildung einschränken. Und abgesehen davon, sieht es mit der Umschulung praktisch so aus: In Essen z. B. gibt es nach dem Bericht des Arbeitsamtes im August 9 700 arbeitslose Arbeiter und Arbeiterinnen. Ganze zwanzig von ihnen werden umgeschult, denn die Bourgeoisie hat kein Interesse daran, die Fähigkeiten der Arbeiter zu entwickeln, solange dies nicht ihrem Profit dient. Und selbst wenn es so wäre, die Natur des Kapitalismus würde sich doch nicht ändern, solange es Ausbeutung durch die Bourgeoisie gibt, gibt es Arbeitslosigkeit und Elend.

Die modernen Revisionisten der D„K"P haben in den letzten Monaten mit viel Aufwand versucht, z. B. auf einer Automobilarbeiterkonferenz „die Forderungen nach mehr Kaufkraft und höheren Löhnen, als Voraussetzung einer relativen Stabilisierung des inneren Marktes", oder wie im hessischen Landtagswahlkampf „den Kampf für das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit" zu verbreiten. Sie behaupten also, daß höhere Löhne nicht nur im Interesse der Arbeiter sind, sondern auch im Interesse der Bourgeoisie liegen, daß beide, Proletariat und Bourgeoisie ein gemeinsames Interesse haben, daß beide zusammenarbeiten müssen, um Arbeitslosigkeit und Krise zu verhindern. Nur die „Unvernunft" der Kapitalisten verhindere diese Zusammenarbeit. Wie versuchen die Kapitalisten aus der Krise herauszukommen? Indem sie versuchen, die Löhne weiter zu



Parolen gegenüber Werkstor 4 bei Opel Bochum

senken — die Forderung von 14 % in der Stahlindustrie, Friderichs' Richtlinie von 9,5 % für die kommenden Tarifrunden zeigen das; indem sie das Arbeitstempo steigern, die Gesundheit und das Leben der Arbeiter schneller verschleißen — wie bei Opel oder VW, wo trotz Kurzarbeit und Produktionssenkungen das Letzte aus den Kollegen herausgeholt wird; indem der kapitalistische Staat durch Steuererhöhungen, wie z. B. den „Konjunkturzuschlag", den Werktätigen das Geld aus der Tasche zieht und damit den Kapitalisten die Neuausrüstung, Modernisierung der Betriebe finanziert.

Die modernen Revisionisten wollen mit ihrer Propaganda die Arbeiter vom Weg des unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampfes abhalten, von der Erkenntnis, daß sie weder im Tageskampf um höhere Löhne, gegen Entlassungen gemeinsame Interessen mit der Bourgeoisie haben, daß Arbeitslosigkeit und Krisen erst beseitigt sind, wenn die Bourgeoisie gestürzt ist und die Produktion nicht mehr am Profit ausgerichtet ist, sondern an den Bedürfnissen der Werktätigen.

Korrespondenz:

Überstundenstreik bei Rheinstahl/Kassel

Samstag, den 28.9.74 führten die Kollegen vom Lokbau Mechanik einen Überstundenstreik durch. Die ca. 50 - 60 Kollegen, die sonst regelmäßig Samstagarbeit machen müssen, damit sie rumkommen, kamen alle nicht zur Arbeit.

Der Streik richtete sich gegen den neuen Betriebsleiter Vogel, genauso wie der halbtägige Streik im vergangenen Sommer. Vogel ist bekanntlich ein übler Schinder, Antreiber- und Aufseher-Typ mit "KZ-Methoden" wie ein Kollege meinte. Den Kollegen im Lokbau platzte der Kragen, als Vogel sie samstags anschiß, weil sie kurze Zeit vor der Pause sich die Hände wuschen.

Das hat es noch nie gegeben, und die Kollegen beschlossen spontan, nächsten Samstag nicht arbeiten zu gehen. In der Woche gut vorbereitet, klappte es am Samstag wie am Schnürchen. Man hörte dabei noch verschiedene andere Schweinereien von Vogel: einem Kollegen wollte er wegen "Unfallgefahr" das Radio verbieten, einem anderen ließ er Bilder von der Wand reißen, die V-Leute wollte er zu Spitzeldiensten bewegen. Sie sollten ihm sagen, wer ihn als Leuteschinder u.a. bezeichnet hatte — natürlich hielten alle dicht.

Der Streik war jetzt die richtige Antwort. Natürlich ist es noch ein Nadelstich, aber immerhin fehlten schon 300 Arbeitsstunden, gerade bei dem Mordsdruck der Aufträge und Lieferfristen. Die Montage spürte die Lücke bald, die Lieferfristen werden nicht eingehalten, Rheinstahl wird Konventionalstrafe zahlen.

Richtig war an dem Streik, daß die Kollegen den Weg des Klassenkampfes einschlugen. Die vertrauten nicht auf Gewerkschaft oder Betriebsrat, sondern nahmen alles in die eigene Hand. Der richtige Kern liegt auch darin, daß die Kollegen nicht nur wegen Vogel streikten, Vogel hat nur das Faß zum Überlaufen gebracht. Es stinkt allen Kollegen, vor allem die Rationalisierung, die Enge durch die Zusammenlegung der drei Werke, der Dreck, Lärm, die niedrigen Akkordpreise und die dauernde Hetze. In dem Streik kommt auch die ganze berechtigte Erbitterung und Empörung der Kollegen über die Ausbeuterei, die Profitjagd auf ihre Knochen zum Ausdruck.

(Aus "Der Hammer", Betriebszeitung der KPD/ML für Hanomag und Rheinstahl, Kassel)

25 Jahre DDR
Verräter zerschlugen die Arbeiter- und Bauernmacht

25 Jahre DDR – die Honeckerclique läßt Jubelfeiern und Militärparaden zu Ehren Breschnews, dessen Vasallen sie sind, abhalten. Die Worte von „Frieden und Sozialismus" können die Werktätigen in beiden deutschen Staaten nicht täuschen: auf den Tribünen über den Militärparaden, in den Ehrenlogen der Festsäle haben sich Verräter breitgemacht, Verräter am Sozialismus und an den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Die neuen Zaren im Kreml und ihre Ostberliner Statthalter trifft in diesen Tagen der besondere Haß des gesamten werktätigen deutschen Volkes; denn sie haben die einst sozialistische DDR, den Staat der Arbeiter und Bauern, auf den Weg des Revisionismus, der Wiedererrichtung des Kapitalismus gezwungen und ihr faschistisches Regime über unsere Klassenbrüder in der DDR errichtet.

Vor 25 Jahren verkörperte die DDR die Hoffnungen des deutschen Proletariats, des gesamten werktätigen deutschen Volkes. Während die Westmächte, vor allem der US-Imperialismus, das deutsche Finanzkapital, den wahren Drahtzieher des Hitlerfaschismus, wieder an die Macht hievte, um Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die neu entstandenen Volksdemokratien zu machen, wurde in der sowjetischen Zone noch vor der Gründung der DDR mit brüderlicher Unterstützung der Sowjetunion und unter dem Schutz der Roten Armee Stalins das Potsdamer Abkommen durchgeführt, wurden die imperialistischen Kriegsverbrecher entmachtet, und wenn sie nicht geflüchtet waren, bestraft; wurden alle Bereiche des Staates, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Kultur rücksichtslos von Nazis gesäubert, wurden die Schwerindustrie und alle großen Industriebetriebe in die Hände des Volkes gelegt. Und als vor 25 Jahren der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat gegründet wurde, da schien die Fahne des Sozialismus, die damit über einem Teil Deutschlands gehißt war, gleichzeitig vom nahen Sieg des gesamten deutschen Proletariats zu künden. Heute – nach 25 Jahren – hat diese Hoffnung sich nicht erfüllt.

Nicht nur, daß das Proletariat in Westdeutschland sich nicht von Ausbeutung und Unterdrückung befreien konnte, ist auch den Arbeitern und Bauern in der DDR die Macht wieder entrissen worden. Die DDR steht heute unter dem Militärstiefel der neuen Zaren im Kreml, die Werktätigen der DDR werden ausgebeutet und unterdrückt von einer neuen Bourgeoisie, die jetzt auch durch eine Änderung der DDR-Verfassung demonstriert hat, daß ihr Schicksal unlösbar an das der sowjetischen Sozialimperialisten gekettet ist.

In diesen Tagen, in denen der soziale und nationale Verrat der modernen Revisionisten den Werktätigen unseres Landes verstärkt zu Bewußtsein kommt, stellt sich für viele die Frage, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte. Die bürgerliche Presse nutzt den Verrat der modernen Revisionisten und die große Unklarheit, die in dieser Frage in der Arbeiterklasse besteht, zu dem Versuch aus, den Sozialismus insgesamt zu diskreditieren, indem sie behauptet, so wie in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern müsse der sozialistische Weg immer enden, Sozialismus bedeute eben wirtschaftliches Chaos und Diktatur über das Volk.

Dieser verlogenen Demagogie der Bourgeoisie können wir nur entschieden entgegentreten, wenn wir uns gleichzeitig bemühen, die diesbezüglichen Fragen der Massen sorgfältig und in aller Offenheit zu beantworten. **Denn wie ein großer Felsbrocken versperrt der bodenlose Verrat der modernen Revisionisten vielen Werktätigen den Blick für den revolutionären Ausweg und sie können für die proletarische Revolution nur gewonnen werden, wenn sie die Ursachen für die revisionistische Entartung der DDR erkannt haben und den Weg sehen, wie eine solche Entwicklung verhindert, wie nach der sozialistischen Revolution die proletarische Staatsmacht gegen alle Angriffe verteidigt werden kann.** Wir wollen darum auf einige wesentliche Ursachen für die revisionistische Entartung der DDR eingehen, wobei wir betonen, daß diese Analyse keineswegs abgeschlossen und vollständig ist.

DER REVISIONISMUS KAM NICHT AUS HEITEREM HIMMEL

Unsere Partei hat stets gegen die falsche Ansicht gekämpft, die revisionistische Entartung der DDR und anderer einst sozialistischer Länder sei das Produkt einer kontinuierlichen Entwicklung, die in den Anfängen begonnen und sich in den Jahren bis heute fortgesetzt und verstärkt habe. Eine solche Ansicht – wie sie vor allem von Trotzkisten und kleinbürgerlichen Ideologen wie Marcuse oder Dutschke, aber in leidlich getarnter Form auch von der Gruppe Rote Fahne vertreten wird – nützt den modernen Revisionisten. Diese können leicht auf die grossen Erfolge des sozialistischen Aufbaus, die in der DDR früher erzielt wurden und die besonders älteren Kollegen gut bekannt sind, verweisen. Wenn man nicht klar sagt, daß die Ulbricht-Honecker-Clique, die sich auf die Bajonette der chruschtschowschen Verräter in Moskau stützen konnte, in einem konterrevolutionären Streich die Macht an sich gerissen und eine qualitative Wendung zum Revisionismus erzwungen hat, werden die modernen Revisionisten diese Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der DDR immer benutzen, um den kapitalistischen Weg der heutigen Machthaber in der DDR als sozialistisch auszugeben. Andererseits aber müssen wir die Theorie, nach der der Revisionismus der DDR praktisch über Nacht, aus heiterem Himmel von den Chruschtschow-Revisionisten aufgezwungen worden sein soll, ablehnen. **Der dialektische Materialismus lehrt uns, daß für die Entwicklung eines Dings seine inneren Widersprüche entscheidend sind. Und so hätte auch der moderne Revisionismus in der DDR nicht vorläufig siegen können, wenn nicht in der DDR selbst bereits schwere Abweichungen vom sozialistischen Weg aufgetreten wären.**

Wir wollen daher zum Ausgangspunkt der Entwicklung, der Niederschlagung des Hitlerfaschismus zurückgehen: die Kommunisten und andere Antifaschisten hatten heroisch gegen das Hitlerregime gekämpft. Viele gaben in diesem Kampf ihr Leben – wie Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD und der große Führer des deutschen Proletariats. Viele wurden jahrelang eingekerkert und gefoltert. **Ihr Kampf wahrte die Ehre des deutschen Volkes, aber er konnte die Massen nicht zum revolutionären Kampf für die Zerschlagung des Hitlerfaschimsus mitreißen.** Der Hitlerfaschismus brach unter den Schlägen der ruhmreichen Roten Armee zusammen, ohne daß die breiten Massen des werktätigen deutschen Volkes sich zum revolutionären Kampf erhoben hatten. Die Soldaten der Roten Armee wurden von den Werktätigen, insbesondere vom Industrieproletariat, zwar überwiegend als Befreier begrüßt, aber die Arbeiterklasse und das werktätige Volk war insgesamt nicht im revolutionären Kampf zusammengeschweißt und im Geiste der proletarischen Revolution erzogen. Nach dem Terror der faschistischen Diktatur und dem Grauen des imperialistischen Weltkrieges hatten zwar breite Teile der Werktätigen den Kapitalismus als die eigentliche Ursache von Faschismus und Krieg erkannt, aber es gab viele, die in Verzweiflung und Resignation verharrten und eine abwartende Stellung bezogen und nur wenige, die von revolutionärer Begeisterung ergriffen vorwärtsdrängten. Diese Situation wurde dadurch verschärft, daß in den Jahren nach 1945 Millionen Umsiedler – zum größten Teil kleinbürgerliche Elemente, die teilweise nicht nur kein revolutionäres Bewußtsein besaßen, sondern direkt antikommunistisch verhetzt waren – in die damalige sowjetische Zone strömten.

In dieser Situation standen die Kommunisten vor einer riesigen Aufgabe. Die Chance, mit der Verwirklichung des unter Druck Stalins, dieses großen Freundes des deutschen Volkes, gegen den Widerstand der imperialistischen Mächte durchgesetzten Potsdamer Abkommens die Grundlagen für ein sozialistisches Deutschland zu schaffen, mußte sofort genutzt werden. Die Entnazifizierung mußte durchgeführt, die Imperialisten und Junker entmachtet, der Staat des Volkes geschaffen, die Leitung der enteigneten Industriebetriebe organisiert, die Landreform durchgeführt, der Wiederaufbau mußte begonnen werden. **Das alles mußte in einer äußerst zugespitzten Klassenkampfsituation verwirklicht werden.** Die US-Imperialisten, die deutschen Imperialisten und die reaktionären Kräfte in der sowjetischen Zone versuchten pausenlos, die Bevölkerung gegen die Kommunisten und gegen die Rote Armee aufzuhetzen, sie verübten Sabotage und Mordanschläge auf Kommunisten.

„VOR ALLEM UND ÜBER ALLEM STEHT DIE FRAGE DER PARTEI."

Es war völlig klar, daß die Kommunisten diese Aufgaben nur bewältigen konnten, wenn es ihnen gelang, die breiten Massen der Werktätigen für diese revolutionären Ziele zu begeistern und zu mobilisieren. Und nur eine auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus festgefügte Kommunistische Partei konnte die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auf diesem Weg zum Sieg über alle inneren und äußeren Feinde führen. So kam der Frage der Partei und der richtigen Führung der werktätigen Massen durch die Partei eine entscheidende Bedeutung zu. Genosse Enver Hoxha sagt in einer Analyse der revisionistischen Entartung der Sowjetunion: **„Vor allem und über allem steht die Frage der Partei. Hier müssen wir alles tun, um die Mängel und Fehler zu entdecken, die in so tragischer Weise zur Entstehung des Revisionismus und zur Ergreifung der Macht durch die chruschtschowschen Verräter in der Sowjetunion beitrugen."** Also werden wir auf die entscheidenden Ursachen für die revisionistische Entartung der DDR stoßen, wenn wir die Abweichungen der Kommunistischen Partei vom Marxismus-Leninismus untersuchen.

Wie war die Situation der KPD 1945 beim Zusammenbruch des Hitlerfaschismus? – Wir haben bereits über den heldenhaften Widerstand vieler Mitglieder und Kader der KPD gegen den Hitlerfaschismus gesprochen, und wir haben von den großen Opfern gesprochen, die dieser Kampf gekostet hat. Dieser Verlust von vielen Tausenden unbeugsamen und bewährten Kadern bedeutete eine große Schwächung der Partei. Von den Kadern, die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ihren Kampfplatz in der sowjetischen Zone einnehmen konnten, war ein Großteil jahrelang in den KZs und Zuchthäusern eingekerkert gewesen, sie kehrten zurück aus den Strafkompanien und aus dem Exil. Jahrelang hatte der Klassenfeind diese Genossen, die nun die Leitung des Kampfes übernehmen mußten, von den werktätigen Massen isoliert. Nur bruchstückhaft und aus der Ferne erhielten sie in diesen langen Jahren Nachricht vom Leiden und Kampf des deutschen Volkes. Dieser Umstand erschwerte es ihnen jetzt natürlich, sich eng mit den Massen zu verbinden.

SOZIALDEMOKRATISCHE RESTE

Hinzu kam, daß die im Frühjahr 1946 in der sowjetischen Zone vollzogene Vereinigung von KPD und SPD zur SED nicht nur positive Auswirkungen hatte. Ganz klar war die Spaltung der Arbeiterklasse eine wichtige Ursache für die Niederlage von 1933. Die Arbeiterklasse hatte diese Lehre begriffen und drängte zur Schaffung einer revolutionären Partei des Proletariats. Die Grundlage für die Vereinigung beider Parteien war im antifaschistischen Kampf geschmiedet worden, den die revolutionären Teile der SPD an der Seite der KPD geführt hatten. Hier im illegalen Kampf hatten die revolutionären Sozialdemokraten den Trennungsstrich zu den Agenten des Imperialismus gezogen. Gleichzeitig hatte die Vereinigung nie zur Folge, daß der Kampf gegen die reaktionäre, konterrevolutionäre sozialdemokratische Ideologie, wie sie beispielsweise von Kurt Schumacher vertreten wurde, eingestellt wurde. Trotzdem beinhaltete diese Vereinigung sicherlich gewisse falsche Zugeständnisse der Kommunisten an den Opportunismus, auch wenn die Worte Otto Grotewohls auf dem Vereinigungsparteitag „Wir kamen beide, um uns in der Mitte zu treffen", den tatsächlichen Vereinigungsprozeß keineswegs richtig charakterisieren.

Auf jeden Fall ist es richtig, daß Tendenzen zum Pragmatismus und Opportunismus bei vielen Funktionären und breiten Teilen der Mitglieder der SPD zum Zeitpunkt der Vereinigung noch keineswegs überwunden waren. Und wir stimmen Genossen Enver Hoxha zu, wenn er in der bereits zitierten Rede feststellt: **„Später fand dann in diesen Parteien, wie z. B. in der polnischen, deutschen, tschechoslowakischen usw. der organisatorische, politische und ideologische Zusammenschluß der Kommunistischen Partei mit der sozialistischen oder sozialdemokratischen Partei statt. Dadurch kam es, daß der sozialdemokratische Wurm nicht draußen blieb, sondern in die Partei eindrang."**

Eine sozialdemokratische Tendenz der SED war es beispielsweise, daß sie nur mangelhaft auf die Betriebe ausgerichtet war, daß den Wohngebietsgruppen im Vergleich zu den Betriebszellen zuviel Gewicht gegeben wurde. So waren viele SED-Genossen, die in Großbetrieben arbeiteten, gar nicht in der Grundorganisation der Partei am Betrieb, sondern auf Wohngebietsebene organisiert. Hinzu kam, daß viele Betriebszellen äußerst schlecht arbeiteten, in extremen Fällen sogar nur drei oder vier Mal im Jahr zusammenkamen. **In vielen Betriebszellen bestand auch eine falsche Auffassung über die Rolle der Partei im Betrieb. Statt die Linie der Partei unter den Kollegen zu erklären, auftretende Widersprüche mit der Methode der Überzeugung zu lösen, die Arbeiter für die Verwirklichung der Linie der Partei, zum Beispiel in der Planerfüllung zu mobilisieren, verstanden sich die Parteiorganisationen häufig als Ersatzbetriebsleitungen und versuchten, statt durch Überzeugungs- und Mobilisierungsarbeit durch administrative Maßnahmen die Belegschaft auf Parteilinie zu bringen.** Wie relativ schwach noch 1949 der Einfluß der SED in den Betrieben teilweise war, mag die Tatsache verdeutlichen, daß damals bei den Betriebsratswahlen im Ostsektor Berlins noch nicht einmal ein Achtel der gewählten Betriebsräte Mitglieder der SED waren.

FEHLER IN DER KADERPOLITIK

Und in diesem Zusammenhang müssen wir noch einmal auf den Kadermangel zu sprechen kommen. Die alten Kader der KPD machten aufgrund des Wachsens der SED bald nur noch einen relativ geringen Prozentsatz aus. Sie mußten größtenteils sofort verantwortungsvolle Leitungsfunktionen übernehmen.

Sozialdemokratische Funktionäre, häufig noch mit vielen sozialdemokratischen Krankheiten behaftet, rückten in wichtige Funktionen. Funktionäre wurden auch viele Genossen, die in dreimonatigen Schnellkursen auf Parteischulen geschult worden waren, die sich aber noch nicht im Feuer des praktischen Kampfes bewährt hatten. Ähnlich verhielt es sich mit den sogenannten „Anitfa-Leuten", also Soldaten der Hitlertruppen, die in Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion geschult wurden und zu Antifaschisten erzogen werden sollten. Diese Haltung der Sowjetunion war ein großartiges Zeugnis des proletarischen Internationalismus. Allerdings war es nicht selten so, daß Kriegsgefangene Lippenbekenntnisse zum Marxismus-Leninismus ablegten, um sich Vorteile in der Gefangenschaft zu erschleichen. So kehrten selbst ehemalige faschistische Offiziere als „Antifaschisten" zurück und kamen für Funktionärsaufgaben in Frage. Auf diese Weise kamen karrieristische Tendenzen im Funktionärskörper auf. Die völlig überlasteten und wegen ihrer geringen Erfahrung und ihres nicht sehr hohen ideologischen Niveaus wohl auch oft überforderten Kader versuchten häufig, den großen Schwierigkeiten durch verstärkes Zurückgreifen auf administrative Maßnahmen Herr zu werden, Kritik abzublocken. In seiner Schrift „Fragen des Leninismus" stellt Genosse Stalin zur Bedeutung der Kader folgendes fest:

„Es muß als Axiom gelten: je höher das politische Niveau und je bewußter die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre des betreffenden Zweiges der Staats- und Parteiarbeit, um so höher steht die Arbeit, um so fruchtbringender ist sie, um so wirksamer ihre Resultate, und umgekehrt: je niedriger das politische Niveau und je weniger bewußt die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre, um so wahrscheinlicher ist es, daß die Funktionäre selber verflachen und zu kleinlichen Wichtigtuern werden, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie entarten."

MÄNGEL IN DER VERWIRKLICHUNG DES BOLSCHEWISTISCHEN ARBEITSSTILS

Diese negativen Erscheinungen wurden durch schwerwiegende Fehler im Arbeitsstil der Partei verstärkt und übten ihrerseits natürlich einen negativen Einfluß auf den Arbeitsstil aus. In seiner Schrift „Über die Koalitionsregierung" schreibt Genosse Mao Tsetung: **„Die mit der Theorie und den Ideen des Marxismus-Leninismus ausgerüstete Kommunistische Partei Chinas hat dem chinesischen Volk einen neuen Arbeitsstil gebracht, der sich hauptsächlich durch die Verbindung von Theorie und Praxis, durch die engste Verbundenheit mit den Volksmassen und durch Selbstkritik auszeichnet."**

Schauen wir, wie es mit diesen drei entscheidenden Merkmalen des Arbeitsstils der bolschewistischen Partei in der SED aussah. Daß die Verbindung von Theorie und Praxis Mängel aufwies, wird schon aus dem bisher Gesagten verständlich. Zum Teil war bereits das theoretische Verständnis, die Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie nicht sehr hoch, zum Teil waren auch die Kader nicht in der Lage, die Umsetzung der Theorie in die Praxis richtig anzuleiten und zu organisieren. Besonders in den Anfängen der Partei traten auch schwere Mängel in der Schulungsarbeit auf.

Auch auf die Frage der engen Verbundenheit der Partei mit den Volksmassen sind wir bereits eingegangen. Die aufgezeigten Fehler in der Betriebsarbeit und der Kaderpolitik, die Tendenzen zum Bürokratismus und zum administrativen Vorgehen schufen bei den Massen natürlich ein gewisses Mißtrauen. Das trifft für das Proletariat, vor allem aber für die Landbevölkerung zu. Der Anteil der Bauern in der Partei war in den ersten Jahren sehr gering. In manchen Orten mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung war zunächst kein einziger Bauer unter den Parteimitgliedern. In anderen Orten wiederum saßen Großbauern in der Parteileitung. Zudem war es bei der Landverteilung zu Unregelmäßigkeiten gekommen, Funktionäre hatten sich ge-

genseitig das beste Land zugeschanzt. Auch hier entstand Mißtrauen gegenüber der Partei, das sich bei der Kollektivierung sehr negativ auswirkte, und diese Schwierigkeiten wurden häufig wiederum administrativ gelöst.

Eine SED-Genossin und Gewerkschaftsfunktionärin kritisiert das Verhältnis der Partei zu den Massen in einem Brief an das ZK der SED, der 1949 im Rahmen der Kampagne zur Bolschewisierung der SED, über die wir noch sprechen werden, veröffentlicht wurde, wie folgt: „ ...**aber die falsche Einstellung über die Rolle der Partei treibt uns von einem Fehler in den anderen. Statt zu überzeugen, befehlen wir. Das ist natürlich bequemer. Statt mit den im DFD vorhandenen Genossen über gute Funktionsarbeit im DFD zu sprechen und sie zu aktivieren, beschließen wir einfach, daß sämtliche Genossinnen der Partei und die Frauen der Funktionäre Mitglieder des DFD sein müssen. Glaubt Ihr, daß wir auf diesem Weg zu einer Verstärkung der politischen Arbeit im DFD kommen? Statt offen von Funktionären, die nach dem Westen getürmt oder in Korruptionsgeschäfte verwickelt sind, abzurücken, die Ursachen für solche Erscheinungen aufzudecken und dadurch das Klassenbewußtsein der Genossen zu stärken, schweigen wir, obwohl die ganze Stadt von Gerüchten schwirrt. Wir stekken den Kopf in den Sand... Ich möchte Euch bitten, stellt diese Frage einmal zur Diskussion; denn es ist eine Lebensfrage für uns: wie bringen wir die werktätigen Massen freiwillig dazu, mit uns zu gehen? Da habe ich ernste Sorge. Wir isolieren uns, achten nicht ihre Meinung, ziehen sie nicht zur Mitarbeit heran. Wir sonnen uns im Erfolg einer gutbesuchten Kundgebung, zu der die Betriebe zwei Stunden freigegeben haben. Wir sind aber nicht in der Lage, sie freiwillig zu einer Aktion zu bringen...**"

Aus diesem Brief gehen auch einige Hinweise hervor, die auf Fehler bei der Durchführung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik schließen lassen. Tatsächlich gab es solche Fehler nicht nur im Verhältnis der Partei zu den Massen, sondern auch innerhalb der Partei. So kam es vor, daß Kritik auf Betriebsgruppenversammlungen mit Prämienentzug beantwortet wurde, in extremen Fällen sogar mit Entlassung.

UNGERECHTIGKEITEN IM LOHNSYSTEM

Wir könnten noch auf viele negative Erscheinungen wie Korruption, Schwarzmarkt, Vetternwirtschaft usw. eingehen, die alle die revisionistische Entartung begünstigen, aber im wesentlichen Ergebnisse der bereits aufgezeigten Fehler sind. Eingehen wollen wir noch auf die Frage der hohen Lohnunterschiede. Manche Löhne lagen um ein 20faches (in Extremfällen noch mehr) über dem durchschnittlichen Arbeiterlohn. Die albanischen Genossen schreiben in dem „Offenen Brief des ZK der PAA" vom 4. März 1966 dazu:

„Auch schon früher hat unsere Partei Maßnahmen ergriffen, um den Unterschied in der Bezahlung und in den Lebensbedingungen der werktätigen Massen einerseits und der führenden Funktionäre andererseits – vor allem in der Verwaltung und in den Reihen der Intelligenz – so weit als möglich zu beschränken. Ein zu betonter Unterschied in dieser Richtung bringt negative und sogar gefährliche Folgen mit sich: er führt zur Entfremdung von den Massen, vom Leben des Volkes, stellt die Büroarbeit ungerechtfertigterweise in den Vordergrund und führt zu einer verächtlichen Haltung gegenüber der Produktion, die die entscheidende Front im Kampf um den Sozialismus ist; er belebt die Tendenz zur Faulheit, stellt die individuellen Interessen über die sozialen, führt zum Verlust des kämpferischen revolutionären Geistes und schafft damit eine günstige Grundlage für bürgerliche und kleinbürgerliche Degeneration und die Verbreitung von revisionistischen Tendenzen und Auffassungen."

Natürlich sind Lohnunterschiede auch im Sozialismus unvermeidbar. Spezialistenmangel, Funktionärsmangel usw. müssen vorübergehend mit materiellen Anreizen gemildert werden. Aber es müssen die Bedingungen geschaffen werden, damit extreme Einkommensunterschiede so schnell wie möglich abgebaut werden können. Das ist in der DDR nicht geschehen. Stattdessen wurden die steigenden materiellen Anreize mit dem sozialistischen Leistungsprinzip begründet. Diese großen Ungerechtigkeiten in der Entlohnung schaffte einerseits eine privilegierte Schicht von Funktionären, Technokraten, Intellektuellen, Künstlern usw. und verschärfte andererseits natürlich die Widersprüche im Volk, wenn die Arbeiterklasse sah, daß der Lebensstandard der Funktionäre, Technokraten, Intellektuellen usw. ständig angehoben wurde, während ihnen mit dem Versprechen für ein besseres Leben in der Zukunft die Normen erhöht wurden. Diese Unzufriedenheit nutzten die Agenten des Imperialismus am 17. Juni 1953 aus. **„Die Reaktionäre in einem sozialistischen Land nutzen im Bunde mit den Imperialisten die Widersprüche im Volke aus, um Zwietracht zu säen, Verwirrung zu stiften und ihre tückischen Pläne zu verwirklichen."** Diese Feststellung des Genossen Mao Tsetung (Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk) charakterisiert treffend die Ereignisse vom 17. Juni 1953.

CHRUSCHTSCHOW UND KONSORTEN KONNTEN SICH VON ANFANG AN AUF DIE VERRÄTERCLIQUE UM ULBRICHT STÜTZEN

Wenn wir hier auf einige wesentliche innere Ursachen für die revisionistische Entartung der DDR eingegangen sind, so dürfen wir niemals aus den Augen verlieren, daß diese Fehler, die wir hier in den Mittelpunkt gestellt haben, insgesamt bis zur Entartung die Nebenseite in der Entwicklung der SED und der DDR dargestellt haben. **Die SED war die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse in der sowjetischen Zone und der DDR. Sie führte die Werktätigen bei der Lösung der antifaschistischen, demokratischen Kampfaufgaben, bei der Errichtung der Volksdemokratie und beim Aufbau des Sozialismus. Unter der Führung der SED haben die Werktätigen der DDR großartige Erfolge errungen, nicht nur im wirtschaftlichen Aufbau, auch in den Bereichen der Kultur, Bildung, Medizin usw., vor allem aber im Aufbau und bei der Leitung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden.**

Unter dem Einfluß der KPdSU Stalins haben die Marxisten-Leninisten in der SED, zu denen Ulbricht und Honecker nie gehört haben, den ideologischen Kampf gegen die hier aufgezeigten Abweichungen geführt. So wurde 48/49 eine Kampagne zur Bolschewisierung der SED durchgeführt. Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der revolutionären Erziehung und der Schulung, gegen das Eindringen von Karrieristen in die Partei, für die bessere Ausrichtung der Partei auf die Betriebe, für die bessere Verwirklichung der Massenlinie usw. getroffen.

Daß diese Maßnahmen nicht bis zur letzten Konsequenz verwirklicht werden konnten, geht wohl nicht zuletzt auf das Konto von Ulbricht und Konsorten. Und auch nach dem 17. Juni gab es in der Partei eine starke Bewegung, die darauf drängte, die Lehren aus dieser Niederlage zu ziehen. Aber bald nach Stalins Tod setzte bereits der Druck der Chruschtschow-Clique ein, der nach dem XX. Parteitag der KPdSU immer massiver wurde. Gestützt auf die Verräter um Ulbricht und auf ihre Truppen in der DDR zwang die Chruschtschow-Clique der SED ihre Linie auf.

Vor allem wurde die DDR auch über den sogenannten „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" erpreßt. Die aufgezeigten Fehler und Schwächen der SED erleichterten den Verrätern das Geschäft. **Trotzdem stießen sie auf Widerstand.** SED-Mitglieder wurden aus den Betrieben entlassen, weil sie Stalin und den Marxismus-Leninismus verteidigten. Funktionäre wurden abgesetzt und zu Gefängnis verurteilt. Um den Widerstand in der Arbeiterklasse zu brechen, verbreitete die Ulbricht-Clique verstärkt den Gulasch-Kommunismus Chruschtschows, um die Arbeiterklasse zu entpolitisieren. Die Erhöhung des Lebensstandards wurde zum alleinigen Ziel erklärt. Wenn früher hauptsächlich Junker, Großbauern und andere reaktionäre Elemente die DDR verließen, so flüchteten bald zu Hunderttausenden Arbeiter aus dem Staat, der einmal ihr Staat war. **Der Bau der Mauer machte vor aller Welt deutlich, daß der erste Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden zu einer Diktatur über das werktätige Volk geworden war.**

Heute gibt es für die Werktätigen der DDR nur einen Weg: die gewaltsame Vertreibung der sowjetischen Sozialimperialisten, der revolutionäre Sturz der neuen Bourgeoisie, die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Und die Arbeiterklasse in der DDR wird diesen Weg gehen, wie die Arbeiterklasse in Westdeutschland sich ebenfalls in der proletarischen Revolution unter der Führung der KPD/ML von Ausbeutung und Unterdrückung befreien wird. Dann ist der Weg frei zum vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Rede des Genossen Enver Hoxha:

Die Aussenpolitik der VR Albanien und die internationale Lage

Anläßlich der Wahlen zur Volksversammlung in der Volksrepublik Albanien, die am 6. Oktober stattfanden, sprach Genosse Enver Hoxha, der erste Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens vor Wählern in Tirana über die Außenpolitik der Volksrepublik Albanien und die internationale Lage. Diese bedeutende Rede des Genossen Enver Hoxha, die auch im albanischen Rundfunk übertragen wurde, fand begeisterte Zustimmung im albanischen Volk. Wir drucken in dieser und der folgenden Nummer des ROTEN MORGEN eine Zusammenfassung dieser Rede ab, wie sie am 4. Oktober in Radio Tirana gesendet wurde.

Die Außenpolitik der Volksrepublik Albanien, sagte Genosse Enver Hoxha, ist die Politik eines sozialistischen Landes, in dem die Diktatur des Proletariats an der Macht ist, geführt von der Partei der Arbeit, die sich auf die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin stützt und ihnen stets treu ist. Die Volksrepublik Albanien hat ihre eigenen Ansichten, und sie befolgt ihre konstruktive Politik offen, im Sonnenlicht, und sie erlaubt niemandem, sie zu kränken.

Jedes Land, jedes Volk hat das Recht, seine Ansichten frei zu äußern, den anderen zu widersprechen, wenn es mit deren Ansichten nicht übereinstimmt, genau wie die anderen das Recht haben, seine Ansichten abzulehnen, wenn sie diese nicht billigen. Es ist völlig falsch, die Hände in den Schoß zu legen und den Mund nicht aufzumachen, wenn die anderen zum Schaden der Völker und Staaten handeln, oder, was so manchem passen würde, sich damit abzufinden, daß es für einen kleinen Staat oder ein kleines Volk anmaßend wäre, die eigene Meinung zu äußern, das eigene Recht oder das seiner Verbündeten zu verteidigen und die eigene Ansicht vor den Großen zu sagen. Falsche Bescheidenheit und Opportunismus oder Sklavengeist sind der Politik des albanischen Staates und der Diktatur des Proletariats wesensfremd.

Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, sind imperialistische und aggressive Mächte. Sie teilen die Welt in Einflußbereiche auf und sind dabei, die Absatzmärkte unter sich aufzuteilen und zu erobern. Ihr Ziel ist es, die ganze Welt, die Völker und Staaten zu beherrschen. Daraus entstehen unversöhnliche Widersprüche zwischen ihnen, die zu einem neuen großen Weltkrieg führen können. Ihr Hegemonismus, ihr zügelloses Wettrüsten erfolgen keineswegs in aller Ruhe, sondern unter großen Unruhen, die unsere Welt zum Kochen bringen.

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion führen überall Streit, stacheln jahrhundertealte Meinungsverschiedenheiten an und bemühen sich, den Widerstand, der ihnen entgegengesetzt wird, abzuwiegeln. In ihrem Interesse beschwören sie zugleich Konflikte herauf, wobei sie behaupten, sie beschützten einmal den einen, ein andermal den anderen, sich dann vor die Brust schlagen, Stein und Bein schwören und unter großem Tamtam die Einberufung des Weltsicherheitsrates verlangen, bis alles wie eine Seifenblase zerplatzt.

In Vietnam wurde der Frieden hergestellt, doch dort wird weitergekämpft. Die Vietnamfrage ist angeblich erledigt. Aber jetzt hat der Krieg im Nahen Osten begonnen. Auch hier wurde angeblich Frieden geschlossen, doch der Krieg geht auf verschiedenerlei Arten weiter. Der arabisch-israelische Krieg ist angeblich erledigt, doch da kam die Zypernfrage auf. Der bereits erwähnte Prozeß geht weiter.

Wer ist der Urheber all dieser Konflikte? Die beiden imperialistischen Supermächte, die Sowjets und die Amerikaner, die mit den Geschicken der Völker der Welt spielen.

Wenn man sich dem sowjetisch-amerikanischen Diktat einmal unterwirft, dann kann man dem Joch nicht mehr entrinnen. Wir Albaner akzeptieren weder ihr Diktat noch ihr Joch. Wir sind fest entschlossen, bis zum Sieg zu kämpfen.

Die Revolution, der Kampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bilden einen unaufhaltsamen, historischen Prozeß. Die heutigen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung der Welt treiben sie mit zunehmender Kraft voran und machen sie unerläßlich. Das ist die sichere Gewähr für ihren Sieg.

Das albanische Volk und alle Völker der Welt hegen flammende Liebe und großes Vertrauen zum sozialistischen China, zu seiner ruhmvollen Partei und zu Mao Tsetung, dem großen und geliebten Führer des chinesischen Volkes und der chinesischen Kommunisten, der aber auch von den Völkern und Kommunisten der Welt geliebt und geehrt wird. Alle Völker der Welt haben ihre Hoffnung auf Befreiung, Unabhängigkeit und Wohlstand auf die eigenen Kräfte und auf Maos China gesetzt. Die Einheit mit Volkschina ist ein großer Sieg für die Menschheit. Groß und klein müssen fühlen und erkennen, daß der Sozialismus, die Revolution, die Befreiung der Völker vorwärtsschreiten, weil auf diesem ruhmvollen Weg unerschütterlich das große sozialistische China steht.



Dies paßt weder den amerikanischen und sowjetischen Imperialisten, noch der Weltreaktion. Doch wir sind stärker als sie und werden sie schlagen. Das Rad der Revolution kann nicht zurückgedreht werden.

Die Volksrepublik Albanien, unser Volk, unsere Partei der Arbeit sind treue Freunde und Genossen der Volksrepublik China, des chinesischen Brudervolkes und Mao Tsetungs ruhmreicher Kommunistischer Partei Chinas. Die Sowjetrevisionisten sind auf unsere unverbrüchliche Freundschaft mit China neidisch. Sie setzen alles daran, diese Freundschaft anzuschlagen. Doch sie werden ihr Ziel nie und nimmer erreichen. Die Moskauer Renegaten trompeten tagtäglich von ihren Rundfunkstationen aus, wir wären ein Satellit Chinas, wir seien von China abhängig, das albanische Volk sei von seinen Führern abgesondert usw. usf.

Das ist die Position jedes Imperialisten. Das albanische Volk sagt den Moskauer Renegaten: Haut nur auf die Pauke, die Adler fürchten euer Gekläff nicht. Das albanische Volk haßt euch, und der Haß auf euch ist ein großer Kraftfaktor für den Aufbau des Sozialismus, ein Amboß, auf dem die albanisch-chinesische Freundschaft geschmiedet wird.

Die Außenpolitik der Volksrepublik Albanien verteidigt die Interessen unseres Landes auf der internationalen Arena, sie verteidigt im gemeinsamen Kampf mit den sozialistischen und fortschrittlichen, demokratischen Ländern die Freiheit, den Fortschritt und wahre Demokratie in der ganzen Welt, die Freiheit der körperlich und geistig schaffenden Menschen.

Die Volksrepublik Albanien bekämpft den amerikanischen Imperialismus und die gesamte Weltreaktion, die die Urheber allen Unglücks der Menschheit sind. Das sozialistische Albanien leistet einen bescheidenen Beitrag zu diesem Kampf. Zusammen mit den großen Anstrengungen der Menschheit leistet es diesen Beitrag aber offen, unerschrocken und ohne Furcht vor irgendwem. Und dieser Irgendwer mag vielleicht auch stark und mächtig sein. Die Kraft der Politik der Volksrepublik Albanien liegt darin, daß sie eine gerechte Sache verteidigt, eine allen Völkern heilige und teure Sache.

Die Politik der Partei der Arbeit Albaniens und der Volksrepublik Albanien ist offen und aufrichtig. Sie sagen die Wahrheit ins Gesicht, ungeachtet ob sie diesem oder jenem paßt oder nicht. Unsere Politik entspricht den Interessen der Völker und nicht denen von Cliquen und Ideologien, die die Völker unterdrücken. Wir suchen die Freundschaft dieser Völker und nicht die ihrer Unterdrücker. Dies ist keine zeitweilige Politik, sondern die Politik der proletarischen Prinzipien. Sie entspricht nicht der Geheimdiplomatie, den Packeleien hinter den Kulissen, geheimnisvollen Verhandlungen zur Verschacherung der Interessen des eigenen Landes und anderer Länder.

Die Politik unseres Landes ist nicht die Politik von Staaten, die hundert Fahnen hinter der Hand haben. Unsere Volksrepublik senkt ihre Fahne vor keinen Drohungen und Abschreckungsversuchen und auch nicht vor Rubeln und Dollars. Soll man diese korrekte und mannhafte Politik verfolgen, oder soll man etwa vor den Amerikanern und Sowjets auf die Knie fallen und kriechen, ein Hurenstaat werden? Man muß die erste Politik verfolgen und die andere schonungslos bekämpfen und entlarven.

Wir, die Menschen der Volksrepublik Albanien, eines kleinen Landes auf dem Balkan, das sein Leben lang unter barbarischen und imperialistischen Invasoren gelitten hat und seine Freiheit und alles, was es heute genießt, durch den bewaffneten Kampf errungen hat, fordert heute alle einfachen Menschen der Welt auf: Seid vorsichtig! Der amerikanische Imperialismus und der russische Imperialismus treiben die Welt in einen weiteren Weltkrieg, schrecklicher als alle bisherigen. Diese beiden sind an den heutigen grossen Kriegen schuld. Sie rivalisieren miteinander um die Weltvorherrschaft, sie kämpfen, um die Märkte zu erobern, was soviel heißt, wie die Völker zu unterjochen und zu versklaven. Sie sind es, die volksfeindliche Cliquen und Regierungen aufrüsten, um sie als Gendarmen und Kanonenfutter für das unvermeidliche Blutbad zu haben, das sie vorbereiten, wenn wir sie gewähren lassen.

Fortsetzung in RM Nr. 42

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Interview mit einem Mitglied der KPSp/ML:

"Das Volk wird keine Manöver hinter seinem Rücken dulden!"

In Spanien haben große Streiks begonnen. In Valladolid eröffneten 13 600 Renault-Arbeiter in den ersten Oktobertagen die Streikfront. Bei Demonstrationen, die die Arbeiter während des Streiks durchführten, kam es zu Kämpfen mit der Bereitschaftspolizei. Nachdem die Arbeiter von Renault ausgesperrt wurden, griff die massiv in der Stadt konzentrierte Bereitschaftspolizei die Arbeiter an. Dabei wurde ein Arbeiter von der Polizei ermordet.

Als die Renault-Arbeiter in Sevilla davon hörten, legten sie sofort die Produktion in diesem Renaultwerk nieder und traten in den Streik. In Barcelona sind seit dem 3. Oktober 3 000 Arbeiter der „Hispano-Olivetti" im Streik. In zwei anderen Großbetrieben fanden Streikversammlungen der Arbeiter statt. In Bilbao haben die 2 200 streikenden Arbeiter von „General Electrica Espanola" den Streik begonnen. In Vigo hat die Nachtschicht der Vulkan-Werft mit 400 Arbeitern die Arbeit verweigert. Auch die Arbeiter der „Robert Bosch Espanola" streiken.

In den faschistischen Haftanstalten unterstützen die politischen Gefangenen diese Aktionen: sie stehen im Hungerstreik. Dem Hungerstreik der politischen Gefangenen von Saragossa, Bilbao und San Sebastian haben sich sieben weitere politische Gefangene im Gefängnis von Pamplona angeschlossen.

Diese Streiks und Aktionen wurden kurz nach dem untenstehenden Interview mit einem Genossen der KPSp/ML bekannt und sind bereits erste große Anzeichen einer breiten Bewegung des spanischen Volkes gegen das faschistische Franco-Regime in den nächsten Wochen, auf die im nachfolgenden Interview eingegangen wird.

RM: In Spanien hat die FRAP unterstützt von der KPSp/ML zu einem Generalstreik im Oktober aufgerufen. Das zeigt klar, daß sich die Widersprüche in Spanien zwischen der herrschenden faschistischen Oligarchie und dem spanischen Volk verschärft haben. Kannst Du bitte kurz einmal die gegenwärtige Lage in Spanien zusammenfassen.

Mitglied der KPSp/ML: Ja, die Widersprüche haben sich in Spanien zugespitzt. Die herrschende Oligarchie, die sich dem ausländischen Imperialismus verkauft hat und bisher mit dem Franco-Regime regierte, gerät mehr und mehr in große Schwierigkeiten. Spanien wird von einer ökonomischen Krise erschüttert, wie sie zur Zeit die ganze kapitalistische Welt erlebt. Aber in Spanien wirkt sie sich besonders scharf aus wegen der Abhängigkeit vom US-Imperialismus, der seine eigenen Schwierigkeiten auf Spanien abwälzt: So haben die US-Imperialisten z. B. im Zeitraum 1973/74 die Ausfuhr von Waren nach Spanien verdoppelt, die Spanien überhaupt nicht aus dem Ausland benötigt. Zum anderen aber weitet sich Hand in Hand mit dieser ökonomischen Krise die politische Krise der Oligarchie aus. Denn angesichts der wachsenden Kämpfe des Volkes sowie auch der Krankheit des Regimechefs Franco stellt sich für die Oligarchie die Frage: wie soll das faschistische Regime fortgesetzt werden.

Auf der anderen Seite die arbeitenden Klassen: In den letzten zehn Jahren ist die Bewegung des spanischen Volkes gegen das Franco-Regime ständig stärker geworden. Trotz der schweren faschistischen Unterdrückung haben die Arbeiter immer wieder in Streiks und Aktionen gegen die wachsende Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft. Es hat sich die Einschätzung der Partei klar bestätigt, daß die unterdrückten Klassen sich vereinen und zum revolutionären Kampf übergehen werden.

Ein Beispiel dafür ist der breite Streik vom Juni dieses Jahres in Bajo Llobregat, in Katalonien, an dem sich 20 000 Arbeiter beteiligt haben. Dort begann in der Fabrik Elsa der Streik, der dann von Arbeitern anderer Betriebe unterstützt wurde und sich ausweitete. Als die Bewegung erstarkte, schlossen sich auch Teile der Kleinbourgeoisie an: Kleinhändler übten Solidarität und schlossen ihre Geschäfte.

RM: Wie ist dieser Aufschwung der Bewegung des spanischen Volkes zu erklären?

Mitglied der KPSp/ML: Schon immer war die spanische Arbeiterklasse von einem starken antifaschistischen Geist und Kampfeswillen geprägt und besaß eine Kommunistische Partei, die den Kampf konsequent anführte. Aber diese Führung wurde vorübergehend unterbrochen; der Arbeiterklasse fehlte damit die Möglichkeit, den Kampf breit zu organisieren, die vielen einzelnen Kämpfe zu einem Strom gegen das faschistische Regime zu vereinigen. Das hat zum einen seinen Grund darin, daß durch den Krieg die besten und erfahrensten Kämpfer zu einem großen Teil dahingemordet waren. Der entscheidende Faktor aber war die revisionistische Entartung der Kommunistischen Partei in Spanien, denn dadurch wurde die Arbeiterklasse ihres Kampfinstrumentes beraubt, wurde das Kampfinstrument der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zu einem Kampfinstrument der herrschenden Oligarchie gegen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten.

Heute aber ist die Situation völlig anders: Mit der Gründung der KPSp/ML, der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, die die revolutionären Traditionen der alten Kommunistischen Partei übernommen hat und fortsetzt, wurde der Arbeiterklasse ihr Kampfinstrument für ihre Befreiung wiedergegeben. Zum anderen wurde die FRAP gegründet, die die KPSp/ML von Anfang an unterstützte, als wichtigstes Kampfmittel, um den Kampf gegen die Oligarchie auf breiter Basis zu führen.

Die KPSp/ML kämpft für das weite Ziel, den Sozialismus. Aber angesichts der Klassenverhältnisse in Spanien geht dieser Weg dorthin für uns über die föderative Volksrepublik. Deshalb hat die KPSp/ML auch immer für die Einheit aller Klassen und Schichten unter der Führung des Proletariats gekämpft, die von der Oligarchie ausgebeutet und unterdrückt werden.

Dieses Ziel der einheitlichen Front konkretisierte sich nach dem Burgos-Prozeß, wo sich zeigte, daß eine Einheit von Gruppen spontan entstand und möglich war. Da ergriff die Partei die Initiative und stellte die repräsentative Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner her, indem sie gemeinsam mit anderen Organisationen die Pro-FRAP-Komitees (Komitees für die Gründung der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front) gründete. Die FRAP ist die Front, die das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten des Volkes in Spanien herstellen kann, das notwendig ist zum Sturz der Oligarchie. Sie führt die aktuellen Kämpfe und ist zu einer mächtigen Waffe geworden. Sie genießt bei den unterdrückten Massen ein hohes Ansehen.

RM: Welche Bedeutung nun hat der Generalstreik in diesem Kampf und wie soll er unter den Bedingungen der faschistischen Unterdrückung durchgeführt werden?

Mitglied der KPSp/ML: Sprechen wir zunächst vom politischen Zusammenhang und dann von den organisatorischen Vorstellungen des Streiks. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Klassenkämpfe zugenommen haben und daß das Volk wieder Möglichkeiten hat, unter einer einheitlichen Führung, der Partei und der FRAP zu kämpfen. Es kann damit wieder sein Wort erheben und mit einer Stimme sprechen. Der Generalstreik selbst wird gegen die Oligarchie deutlich zum Ausdruck bringen: das Volk will die Republik und wird keine Manöver der Oligarchie hinter seinem Rücken dulden. Das ist die Losung des Streiks.

Angesichts der geschilderten Lage geht die KPSp/ML davon aus, daß wir mit größter Flexibilität vorgehen müssen, um alle spanischen Antifaschisten und Republikaner gegen die Oligarchie und den Yankee-Imperialismus zu vereinen. Deshalb unterstützt die Partei die Initiative der FRAP, alle diejenigen, die für die Republik, die Befreiung der politischen Gefangenen und die Entscheidung des Volkes selbst über sein Schicksal eintreten, in CUPS (Comites de Union Popular) zu vereinen.

Bei dem Streik gehen wir zwar insgesamt davon aus, daß viele Menschen in Spanien bereits in der FRAP und in der Partei organisiert sind, daß es aber immer noch viele Unorganisierte gibt, die bereit sind, in einer Front zu kämpfen. Sie werden durch diesen Streik mobilisiert und erfaßt werden und in einer Front zusammengeschlossen.

Ausgehend davon, daß es in Spanien keine legalen Gewerkschaften gibt, die den Kampf offiziell ausrufen könnten, wird der Streik nicht in ganz Spanien an einem Tag losbrechen können, sondern in einem bestimmten Zeitraum stattfinden. Die FRAP hat deshalb auch keinen Tag festgelegt, an dem begonnen wird, sondern der Streik wird sich ab 1. Oktober entwickeln. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen von regionalen Streiks wie in Vigo, Navarra, Sagunto, El Ferrol oder in Bajo Llobregat wird das Zentrum des Streiks in Großbetrieben gelegt, dem sich dann die Arbeiter in den kleineren Betrieben anschließen werden, bis er schließlich auch auf kleinbürgerliche Schichten sich ausdehnen wird.

Aufgrund der hervorragenden Lage des Klassenkampfes in Spanien sind wir der Meinung, daß dieser Streik nicht nur möglich und notwendig ist, sondern daß er massiv stattfinden wird und große Bedeutung für die weitere Entwicklung in Spanien haben wird.

RM: Wir sind sicher, daß dieser Streik ein großer und wichtiger Schritt vorwärts im Kampf des spanischen Volkes für die föderative Volksrepublik sein wird. Und wir versichern Euch, diesen Kampf des spanischen Volkes nach Kräften durch gemeinsame Aktionen mit der KPSp/ML und der FRAP in Westdeutschland zu unterstützen.

Zimbabwe: Die Frauen - entscheidende Kraft der Revolution

In Zimbabwe, das von den weißen, rassistischen Kolonialisten Rhodesien genannt wird, hat das Volk den bewaffneten Kampf gegen seine Unterdrücker begonnen. Immer mehr Afrikaner schließen sich der Z.A.N.L.A. an – der "Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe". Auch S. Churcheminzwa, ein junges Mädchen, hat sich der Befreiungsarmee angeschlossen.

S. Churcheminzwa ist eine Kämpferin der "Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe"(Z.A.N.L.A.) Sie hat das Gewehr in die Hand genommen, um ihr Volk von der grausamen Unterdrückung und Ausplünderung durch die weißen Rassisten zu befreien, die über die Hälfte des fruchtbaren Bodens gewaltsam in ihrem Besitz halten, obwohl sie nur 5% der gesamten Bevölkerung sind.

Von ihrer Kindheit an lebte S. Churcheminzwa mit ihren Eltern und elf Geschwistern in Not und Elend. Sie berichtet wie sie sah, *„daß es dem weißen Farmer möglich war, ein großes, luxuriöses Haus, einen gefüllten Speicher und mehrere Autos zu besitzen."* All diese Dinge sagt sie, *„steigerten meinen Haß gegen diese raubgierigen Buren."* (weiße Grundbesitzer).

Um den Rassismus in Zimbabwe auszurotten, verlässt sie 1972 zusammen mit einer- Freundin ihre Familie, um sich der Z.A.N.L.A. anzuschließen. Nach einigen Wochen finden sie die Befreiungsarmee und werden in ihre Reihen aufgenommen. Durch die politische Erziehung und die militärische Ausbildung werden die beiden Mädchen zu Soldaten für die Revolution des Volks von Zimbabwe. Seite an Seite mit ihren männlichen Kameraden beteiligen sie sich am Kampf, erfüllen Patroulliendienste, transportieren Kriegsmaterial und bewachen den Stützpunkt. S.Churcheminzwa berichtet: *„Wir gewannen noch mehr Frauen, die inzwischen unseren Ausbildungsstand erreicht haben. Jetzt haben wir in der Z.A.N.L.A. eine ganze Frauenabteilung. Die Frauen von Zimbabwe erheben sich und beteiligen sich an der sozialen Revolution. Wir sind eine entscheidende Kraft für den Erfolg der Revolution in Zimbabwe.'*

Heute hat die Befreiungsarmee mit der breiten Unterstützung der Massen Stützpunktgebiete in Sipolilo, Mount Darwin und Umtail errichtet und den bewaffneten Kampf auf den Westen und die mittleren Gebiete Zimbabwes ausgedehnt. Die Jugend und die breiten Massen der Frauen entwickeln sich schnell im bewaffneten Kampf. Ein solches Volk kann weder bezwungen noch getäuscht werden. Es wird sicherlich alle Schwierigkeiten auf seinem Weg überwinden und noch größere Siege im bewaffneten Kampf erringen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Aus aller Welt

THAILAND

Die Volksarmee in Thailand hat ihre Angriffe gegen die Marionettenarmee verstärkt und neue Siege errungen. In drei nordöstlichen Provinzen hat sie mehrmals Stützpunkte des Feindes angegriffen und dessen Truppen in den Hinterhalt gelockt. Dabei wurden mehr als 40 Marionettensöldner getötet oder verwundet und ein Hubschrauber abgeschossen. In Nordthailand vernichtete die Volksarmee bei mehreren Angriffen 4 feindliche Fahrzeuge, tötete 50 Söldner und verwundete 20 von ihnen. Beim Angriff auf eine Polizeistation in Südthailand konnte die Volksarmee neun Polizisten töten.

KAMBODSCHA

Die Nationale Befreiungsarmee des Kambodschanischen Volkes hat den Südwesten des Landes fast vollständig befreit. Während im vergangenen Jahr die Lon Nol-Clique außerhalb der Provinzhauptstädte noch verschiedene Stützpunkte besetzt halten konnte, sind diese jetzt vollständig erobert worden. Das gleiche geschah mit den Fernstrassen Nr.4 und 5 und dem Tonle Sap Fluß, über die die Verräterclique im vergangenen Jahr noch Kriegsmaterial und Proviant transportieren konnten. Der Feind sitzt in der Falle, ohne Reis und ohne Wasser. Bis jetzt sind 33 200 qkm befreit worden, und die Lon Nol-Verräterclique ist auf 100 qkm zurückgedrängt worden.

KANADA

Die Indianer in Nordamerika verstärken ihren Kampf gegen nationale Unterdrückung und schlechte Lebensverhältnissse. In Ottawa demonstrierten 200 Indianer aus ganz Kanada z.T. mit ihren Familien, um eine bessere medizinische Versorgung, bessere Wohnungen und eine Untersuchung gegen das kanadische Ministerium für Indianerangelegenheiten zu fordern. Am Tag der Parlamentseröffnung versuchten sie, den Sitzungssaal zu stürmen. Mutig kämpften sie gegen die Polizei und Armee, die mit Pferden, Tränengas und aufgepflanzten Bajonetten blindwütig die Indianer angriff. Bei diesem Kampf wurden mehrere Indianer verletzt und einige verhaftet.

Antikriegstagsprozeß gegen Gen. Kercher:

In Handschellen dem Gericht vorgeführt

Genosse Klaus Kercher befindet sich erneut in Haft. Am 30. September, einen Tag, bevor Genosse Klaus seine Tätigkeit als Lehrer aufnehmen sollte, nahmen ihn zivile Polizisten fest. Als „Schulfreunde" des Genossen hatten sie zuvor versucht, bei seiner Mutter und bei seiner Wirtin auszuspionieren, wo er sich gerade aufhielt. Seine Mutter wies sie allerdings ab. Noch am selben Tag wurde Genosse Klaus nach München verschleppt, wo im Frühjahr bereits ein Prozeß wegen seiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration begonnen hatte.

Erst jetzt stellte sich auch heraus, warum Genosse Klaus verhaftet worden war. Unter vorgeschobenen Begründungen hatte der Staatsanwalt einen Haftbefehl gegen Genossen Klaus beantragt, um ihn zur Fortsetzung dieses Prozesses am 2. 10. vorführen zu lassen. Erst jetzt, einen Tag vor dem Prozeß, erfuhr auch Genosse Klaus von der erneuten Verhandlung. Er hatte keine Vorladung zu seinem Prozeß bekommen.

Mit diesem unverschämten Angriff auf den Genossen versuchte das bürgerliche Klassengericht von vornherein die Solidarität mit ihm zu verhindern und ihn selbst einzuschüchtern. Aber diese Absicht schlug fehl. Als Genosse Klaus am 2. 10. in Handschellen dem Gericht vorgeführt wurde, war der Zuschauerraum besetzt mit Freunden und Genossen aus Tübingen und aus München. **Genosse Klaus selber gab eine Erklärung ab, in der er betonte, daß er sich durch solche Maßnahmen nicht einschüchtern lasse und nach wie vor als Kommunist kämpfen werde. Auch hier im Gericht.**

Als der Verteidiger des Genossen dann die Aufhebung des Haftbefehls beantragte, zeigte sich, daß hier ein abgekartetes Spiel vorlag. Als der Staatsanwalt den Vorführungsbefehl beantragt hatte, wurde er sowohl vom Amtsgericht als auch vom Landgericht abgelehnt. Erst das Oberlandesgericht stellte ihn aus. Einen Haftbefehl vom Oberlandesgericht kann aber ein Amtsrichter nicht ablehnen. Der Richter im Prozeß gegen den Genossen Kercher konnte also in „aller Unschuld" sagen, daß er nichts machen könne. Dafür pochte er dann zynisch auf seine „Fürsorgepflicht" gegenüber dem Angeklagten, als beantragt wurde, die Verhandlung zu vertagen, damit sowohl Genosse Klaus als auch sein Verteidiger sich auf die Verhandlung vorbereiten könnten. Man könne den Prozeß nicht vertagen, hieß es da, sonst müsse der Angeklagte ja noch länger in Haft bleiben...

Die Partei verteilte sofort im Anschluß an die Verhandlung ein Flugblatt in der Münchner Innenstadt. Es gilt jetzt, verstärkt die Solidarität mit dem Genossen zu organisieren. Unsere Forderung heißt: Sofortige Freilassung des Genossen Klaus Kercher!
Freispruch in den Antikriegstagsprozessen!



Genosse Heinz Baron (vorne) und Genosse Gernot Schubert auf der Veranstaltung zum Prozeß

Am 8. 10. beginnt in München der Berufungsprozeß gegen den Genossen Heinz Baron. Im ersten Prozeß wegen seiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration war Genosse Heinz zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Rund 80 Freunde und Genossen versicherten am 4. 10. auf einer Veranstaltung der KPD/ML in Dortmund, daß sie mit ihm und seiner Partei gegen den imperialistischen Krieg und gegen die bürgerliche Klassenjustiz kämpfen werden.

Zwangsernährung soll Hungerstreik brechen

Das Bild zeigt, wie breit die Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen die Isolationsfolter ist: Auf dem Deutschen Juristentag in Hamburg, der mit einem Festakt eröffnet werden sollte, wurde ein Transparent entrollt und wurden Flugblätter ins Auditorium geworfen, die die Mordrohungen der Bourgeoisie wie Wasserentzug und Zwangsernährung gegen die Genossen im Hungerstreik anprangerten.



Seit dem 13. 9. stehen fast 40 Genossen im Hungerstreik. Die Bourgeoisie und ihr Justizapparat haben inzwischen, um diese Kampagne gegen die Isolationsfolter zu brechen und den Kampfeswillen der Genossen zu beugen, die gewaltsame Zwangsernährung angeordnet. Fünf Genossen werden inzwischen zwangsernährt. Unter ihnen sind Gudrun Ensslin und Holger Meins, die bereits seit dem 31. September gewaltsam ernährt werden und seit dem 2.Oktober wahrscheinlich auch Jan-Karl Raspe. Auch bei Andreas Baader erschien der Arzt mit drei Wärtern, um zwangsweise eine Untersuchung durchzuführen, ob Andreas gewaltsam ernährt werden soll. Dadurch, daß ein Anwalt gerade bei ihm war, konnte die Untersuchung noch verhindert werden.

Daß die Zwangsernährung Mord bedeuten kann, hat bereits der Tod des irischen Revolutionärs Michael Gaughan gezeigt, der mit der Zwangsernährung in einem Londoner Gefängnis umgebracht wurde.

"Diese Halunken wagen es noch, Verfassungstreue im Dienst zu verlangen".

Im Juli 1974 wandte sich die Kollegin Irmgard S., 50jährige Lehrerin, an die Partei mit der Bitte, ihr zu helfen. Folgendes war passiert: Frau S., die in Kempten eine kranke, 80jährige Mutter zu versorgen hat, sollte nach Vöhringen bei Augsburg versetzt werden. Da ihrer Mutter ein Umzug nicht mehr zumutbar war, erhob sie Einspruch und trat ihren Dienst nicht an, da sie außerdem Atteste für ihre derzeitige Arbeitsunfähigkeit hatte.

Das war ein gefundenes Fressen für die Schulleitung und das Kultusministerium, die Kollegin für immer loszuwerden. Arbeitsverweigerung hieß es da, und man sperrte ihre Bezüge. Seit 1 1/2 Jahren lebt sie von der Rente ihrer Mutter und kämpfte vor Gericht für die Nachzahlung ihres Gehaltes. Sie wandte sich schließlich mit einem Leserbrief an den „Bohrer", Betriebszeitung der KPD/ML bei Ott.

Am 2. September erhielt sie ein Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, mit dem Inhalt: Ihnen wäre bekannt geworden, daß sie (Frau S.) einen Artikel in einer Betriebszeitung der KPD/ML veröffentlicht und außerdem eine Albanienveranstaltung dieser Organisation besucht hätte. Sie möge bitte Stellung dazu nehmen, ob sie dieser Organisation angehöre, wenn ja, mit welchen Funktionen. Überschrift des ganzen: Verfassungstreue im Dienst.

Kommentar von Frau S.: „Diese Halunken wagen es auch noch, von mir, der sie rechtmäßig das Gehalt von 1 1/2 Jahren schulden, Verfassungstreue im Dienst zu verlangen! Ja, sie werden die Antwort auf ihr Schreiben bekommen, nicht in einem verschlossenen Briefumschlag mit einer Rechtfertigung, sondern in einem offenen Brief an den ‚Bohrer'. Die Partei, die KPD/ML wird mich im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und gegen den bürgerlichen Staatsapparat unterstützen."



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

HAMBURG:

Richter Isbarn in Hamburg beschlagnahmt zur Zeit fast alle ROTE MORGEN, die von Gefangenen des Gefängnisses Hamburg bestellt worden sind. So bekam Gen. Eberhard Becker den ROTEN MORGEN Nr. 34 nicht, Genosse E. Müller erhielt die Nummer 38 nicht, Genossin Christa Eckes wurden die Nummern 35, 36 und 37 vorenthalten. Bis auf die Nr. 38 sind die „Begründungen" für die Beschlagnahme alle gleichlautend. Richter Isbarn verwendet dafür einen vorgefertigten Text, bei dem er nur noch die Namen und die jeweiligen Nummern einsetzt. In diesem Beschluß heißt es unter anderem: „Die Schriften bejahen den illegalen Kampf gegen die bestehende Ordnung und vermitteln den Eindruck, er sei richtig, notwendig und führe so allein zum Ziele einer Änderung der bestehenden Verhältnisse. (...) Die freie Meinungsäußerung wird durch diese Maßnahme nicht beschnitten. Die Schriften rufen zum Rechtsbruch zumindest mittelbar auf und sind damit vom Grundgesetz nicht mehr gedeckt." Das ist nichts anderes als ein Versuch, den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML, auf kaltem Wege zu einer verbotenen Zeitschrift zu erklären.

MÜNCHEN:

Am 1. 10 stand Genosse Rainer Junck, Leiter des Buchladens ROTER MORGEN in München, vor dem bürgerlichen Klassengericht. Am 29. 1. 74 soll er beim Prozeß gegen die Genossen Sascha Haschemi, Bernd R. und Hubert L. den „Hausfrieden" des Amtsgerichts München gebrochen haben. Damals war – angeblich weil die Schöffen verängstigt seien – die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen worden. Dieser „Hausfriedensbruch" war von Seiten der Klassenjustiz sorgfältig vorbereitet worden. Staatsanwalt Sachs hatte bereits vor Beginn der Verhandlung angeordnet, beim Ausschluß der Öffentlichkeit die Tür des Vorraums zu schließen und alle Zuschauer erkennungsdienstlich zu behandeln. Bei der Verhandlung wurde dann auch kurz nach der Ausschlußverkündung „Hausfriedensbruch" verkündet und die Zuschauer festgenommen. Wie die Klassenjustiz gegen die Kommunisten vorgeht, zeigte sich am 1. 10. besonders deutlich bei der Vernehmung eines Zeugen der Staatsanwaltschaft, W., ein Psychologe aus Stadelheim, damals als Zuschauer ebenfalls festgenommen (er hatte natürlich keinen Strafbefehl bekommen), sagte aus, die Zuschauer hätten langsam, aber freiwillig den Saal verlassen. Der Staatsanwalt: „Herr W. weiß nicht, sich eindeutig auf die Seite von „Recht" oder „Gewalt" zu stellen. Er steht zwischen den Fronten, sympathisiert mit der KPD/ML und ist daher unglaubwürdig." Der Genosse wurde zu 400 DM Geldstrafe verurteilt. Mitangeklagt war die Ehefrau des Genossen. Sie ist Beamtin und u. a. wegen dieses „Hausfriedensbruchs" mit Berufsverbot bedroht. Sie mußte freigesprochen werden, da sie nachweislich bereits den Saal verlassen hatte, bevor der Hausfriedensbruch verkündet werden konnte.

MAINZ:

Der ROTE MORGEN-Leserkreis Mainz bekräftigte in einer Resolution seine Entschlossenheit, für die sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi zu kämpfen. Die Genossen haben bisher knapp 100 Unterschriften für dieses Ziel gesammelt.

GESAMTSCHULE MÜMMELMANNSBERG / HAMBURG:

Eltern fordern Wiedereinstellung des kommunistischen Lehrers

Vor kurzem wurde der kommunistische Lehrer Dieter Kwoll aus der Gesamtschule Mümmelmannsberg in Hamburg geworfen, weil er für die KPD/ML Plakate zum 1. Mai geklebt haben soll. Gegen diesen Akt der politischen Unterdrückung solidarisierten sich die Schüler mit ihrem Lehrer. Plakate wurden gemalt, Flugblätter verteilt, ein Demonstrationszug gebildet.

Auch nach diesen Tagen des offenen Kampfes ist weder in der Schule noch in der Siedlung, in der sie liegt, Ruhe eingekehrt. Die Partei hat gegen die Verleumdungen, die über Genossen Dieter ausgestreut worden waren, ein Flugblatt verfaßt und 600 davon in der Siedlung verteilt. Das allein zeigt schon, daß es nicht gelungen ist, die Bevölkerung gegen den kommunistischen Lehrer aufzuhetzen. Einige Eltern gingen aber noch einen Schritt weiter. Sie verfaßten einen offenen Brief, gerichtet an alle Eltern in Mümmelmannsberg, an alle Schüler und an den Hamburger Senat. In diesem Brief heißt es:

„Lehrermangel an der Gesamtschule Mümmelmannsberg – und da wirft Schulleiter Wunder einen der beliebtesten und fähigsten Lehrer, Studienrat Kwoll, einfach hinaus! Weshalb?

Der Grund ist, weil Herr Kwoll ein Kommunist ist. Eine Demokratie, die keine Gegenmeinung duldet, ist keine Demokratie. Jeder weiß, daß die Gesellschaftsordnung, in der wir leben, nicht so gut ist, wie uns immer vorgeredet wird. Deshalb hat Herr Wunder schon vor einem Kommunisten Angst!

Eltern, fragt lieber Eure Kinder, ob sie Herrn Kwoll als Lehrer haben möchten. Und wenn Ihr wollt, daß Eure Kinder weniger Stundenausfall haben und etwas Sinnvolles lernen, dann geht zu Herrn Wunder und fordert die Wiedereinstellung von Lehrer Kwoll! Denkt nicht an Drohungen, denkt an Eure Kinder!!!

Elternkreis Mümmelmannsberg."

Seit der Kampf gegen die Entlassung des Genossen Dieter begonnen hat, wird in der Mümmelmannssiedlung regelmäßig der ROTE MORGEN verkauft. Dabei führt Lehrer Kwoll immer wieder Gespräche mit interessierten Schülern. Einige von ihnen nahmen die Schulzeitung der Partei, die ROTE SCHULFRONT, mit nach Hause. Von dem ROTEN MORGEN, in dem über den Schulkampf berichtet wurde, konnten 10 Exemplare verkauft werden. **Das zeigt: mit dem Rausschmiß des Genossen Dieter ist es der Bourgeoisie nicht gelungen, Eltern und Schüler einzuschüchtern und die Partei zu isolieren. Die Antwort auf die Angriffe der Bourgeoisie war nicht Kapitulation, sondern Kampf und wachsendes Interesse am Kommunismus.**

Fortschrittlicher Soldat als Zugsprecher abgesetzt

Anfang September wurde Kollege Selig, Zugsprecher des 2. Zuges, 16. Kompanie, Fernmelderegiment 33 in Goslar, vom Zugführer als Sprecher abgesetzt. Begründung: der Kollege „tendiere mehr zur anderen Seite".

Kollege Selig hatte bereits seit einem Jahr in der „Aktuellen Information" (Gemeinschaftskundeunterricht der Bundeswehr) und bei anderen Unterrichten, seine Meinung vertreten. Einen Monat, nachdem er wegen seiner fortschrittlichen Haltung zum Zugsprecher gewählt worden war, begannen die ersten Angriffe auf ihn. Anfang September nahm ein Offizier am „Lebenskundlichen Unterricht" teil. Nach diesem Unterricht wurde der Kollege zum Kompaniechef befohlen. Dieser sagte ihm sofort, daß er das Hereintragen seiner politischen Ansichten in die Bundeswehr nicht dulde und verbot ihm, wie bisher im Unterricht seine Meinung zu sagen. Als Beispiel für die politische Haltung des Kollegen führte er an, daß Kollege Selig den Zusammenhang der katholischen Kirche mit dem Putsch der chilenischen Junta vor einem Jahr als einseitig darstelle, da er berichtete, daß das katholische Fernsehen in Chile während des Putsches Predigten für die Junta hielt, die von Erfolgsmeldungen über die Massenmorde der Junta unterbrochen wurden.

Kollege Selig berichtete über dieses Gespräch in der nächsten „Aktuellen Information". Der anwesende Offizier, der den Kompaniechef und den „Militärischen Abschirmdienst" (MAD) immer fleißig über die Äußerungen des Kollegen Selig informierte, bekräftigte noch einmal das Verbot durch den Kompaniechef und erklärte sogar, das sei ein Befehl.

Danach mußte der Kollege noch einmal zum Kompaniechef. Als der Kollege offene Verdrehungen der Tatsachen durch den Kompaniechef zurückwies, hieß es: „Ihre Aussage steht gegen die eines Leutnants!" Der Kompaniechef dachte auch nicht daran, die einfachsten Mannschaftsdienstgrade zu diesem Punkt zu hören. Für ihn galt allein, was der Offizier sagte.

Noch am selben Tag wurde der Kollege vom Zugführer als Zugsprecher abgesetzt. Die Empörung über diese Maßnahme war groß. Der Vorschlag eines Offiziers, einen neuen Zugsprecher zu wählen, wurde abgelehnt.

In einem Artikel, den die Mannschaftsdienstgrade des 2. Zuges, 16. Kompanie, Fernmelderegiment 33 in Goslar gemeinsam verabschiedeten und unter anderem auch an den ROTEN MORGEN schickten, heißt es:

„Die meisten der ‚kleinen Befehlsempfänger" haben in dieser einen Woche den Charakter der Bundeswehr schneller erkannt, als es ein Dutzend „Agitatoren", wie es dem Kollegen Selig vorgeworfen wird, in einem halben Jahr hätte erreichen können. Und schon vorher wurde versucht, durch den MAD mit Verhören, Verfolgungen und Fotografieren und durch die Offiziere der Kompanie mit Verhören der anderen Mannschaftsdienstgrade des Zuges und einer Spinduntersuchung, den Kollegen Selig zu bespitzeln und einzuschüchtern. Wir halten es für unsere Pflicht, auf diese Zustände in aller Öffentlichkeit hinzuweisen.

Für die sofortige Zurücknahme des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch die Kompanieführung!

Für die sofortige Anerkennung des Kollegen Selig als Zugsprecher durch Zug- und Kompanieführung!

HÖRER ZUR SENDUNG ÜBER 20. JULI 1944:

Die KPD war die stärkste antifaschistische Kraft!

Korrespondenz. Anläßlich des Jahrestages des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 hörte ich eine Sendung im hessischen Rundfunk, in der dieses Attentat als die großartigste antifaschistische Aktion dargestellt wurde. In die Sendung konnten sich sogar Hörer per Telefon einschalten und ihre Meinung zu diesem Thema sagen. Es rief ein Hörer aus Mörfelden an (Mörfelden ist ein Dorf ca. 20 km südlich von Frankfurt. Die KPD war dort in der Zeit ab 1925 sehr stark verankert. Es gab dort einen Bürgermeister von der KPD). Er sagte, daß der antifaschistische Kampf des deutschen Volkes mit keinem Wort zur Sprache gekommen sei bisher, und daß die stärkste antifaschistische Kraft die KPD war unter der Führung von Gen. Ernst Thälmann. Daß Ernst Thälmann einer der tapfersten Antifaschisten war, 11 Jahre lang bei den Faschisten im KZ gesessen hat, und dort mutig den Kampf weiterführte. Diese Leute, die den Putsch und das Attentat inszenierten, wollten doch nichts anderes als die Herrschaft der Bourgeoisie weiter aufrechterhalten, nur mit anderen Mitteln. Das deutsche Volk wollte aber weder Faschismus noch Kapitalismus, es wollte den Sozialismus!

Die beiden Reporter im Studio unterbrachen den Genossen: Er hätte jetzt genug geredet, es wollten auch noch andere Hörer zu Wort kommen, und er müsse jetzt aufhören.

Anschließend fielen sie mit wüsten Hetztiraden über ihn her und diffamierten die KPD, Genossen Ernst Thälmann und Genossen Stalin, indem sie behaupteten, daß diese beiden mit am Faschismus schuld gewesen seien. Genosse Thälmann, weil er kein Bündnis mit der SPD eingehen wollte, und Stalin, indem er mit Hitler einen Vertrag schloß.

Aber auch diesen Ideologen der Bourgeoisie wird es nicht gelingen, das revolutionäre Erbe der KPD und des Genossen Stalin in den Schmutz zu ziehen!

Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns zur sozialistischen Revolution!

"Der Exorzist" - Propaganda für den Mystizismus

Seit einigen Wochen läuft auch in Westdeutschland und Westberlin der Film „Exorzist". Mit großangelegter Werbekampagne auf Plakaten, groß aufgemachten Zeitungs- und Zeitschriftenberichten, mit Spots im Werbefernsehen und im Rundfunk soll der Film zu einem „Kassenschlager" gemacht werden. In den USA sind bisher 94 Mill. Dollar eingespielt worden, insgesamt rechnet der Verleih mit 220 Millionen Dollar. Doch das Theater um diesen Film soll nicht nur die Kassen füllen, sondern vor allem einem breiten Einfluß des Filmes auf die werktätigen Menschen den Weg ebnen.

Die Handlung des Filmes: ein kleines Mädchen wird geistig krank. Doch die Medizinwissenschaft muß passen: die Krankheit kann nicht wissenschaftlich erklärt, noch geheilt werden. Das Aussehen und das Verhalten des Kindes verwandelt sich wie auch seine Sprache und seine Stimme – es wird zur „leibhaftigen Teufelsgestalt", nicht anders als sie von den Kirchenbüchern des Mittelalters beschrieben wird. **Es ist eine Szenerie von sadistischer Brutalität, angereichert mit vulgärem, obszönem und pornographischem Dreck. Sie soll – wie es auch die Reklame für den Film offen sagt – Angst und Schrecken unter dem Publikum verbreiten, die Menschen verunsichern, sie zweifeln machen an ihrem natürlichen Verstand, ihren Erfahrungen von der Wirklichkeit. Ängste erzeugen, ob nicht doch hinter der Wirklichkeit ihrer täglichen Welt, der kapitalistischen Gesellschaft, Mystisches, Unbestimmbares und Unveränderliches verborgen liege.**

Selbstverständlich weiß der Film auch einen Ausweg: In ihren Ängsten und Zweifeln sollen die Menschen nicht auf ihre eigene Kraft bauen, auf ihre Fähigkeit, die Welt zu verändern und zu erforschen, sondern sie sollen auf das „Jenseits" und seine „Verbindungsleute", auf die Pfarrer und Pfaffen vertrauen: Rettung für das Kind bringen im Film zwei „Teufelsaustreiber" der Kirche, die mit mystischem Brimborium unter Verlust des eigenen Lebens das Kind vom „Bösen", von seinen Qualen befreien.

Es ist kein Zufall, daß die Bourgeoisie gerade in letzter Zeit verstärkt die Ideologie der Passivität, der Apathie und des Mystizismus verbreitet: Die werktätigen Menschen, die angesichts ihrer Lage im Kapitalismus in der klaren Kenntnis ihrer Lage selbstbewußt zum Kampf gegen die herrschende Klasse übergehen, sollen in ihrer Entschlossenheit erschüttert, ihr klarer Blick für die Wirklichkeit erschüttert werden. **Je mehr die Zerrüttung des kapitalistischen Systems fortschreitet, desto mehr verbreitet die Bourgeoisie Mystizismus und religiösen Kult.**

So wurde der „Exorzist" in den USA groß herausgebracht, als gerade Watergate die völlige Korruptheit und Verkommenheit des US-Parlamentes und seiner Regierung vor aller Augen offenbarte und als die USA zudem durch den gerechten Ölboykott der arabischen Länder in großen Schwierigkeiten steckten. Bereits die allerersten „Monster- und Horrorfilme" erschienen zu einer Zeit, als die Klassenkämpfe sich zuspitzten, und die Bourgeoisie sich in großen Schwierigkeiten befand: So entstand 1921 der erste „Horror-Stummfilm" „Nosferatu" von Murnau, schließlich 1931 die ersten „Dracula"- und „Frankenstein"-Filme.

Es läßt sich anhand der Zeitungen, Illustrierten, anhand der Fernseh- und Rundfunkprogramme überprüfen: **je mehr auch in unserem Lande Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen, je mehr die Bourgeoisie die Krise auf die Werktätigen abzuwälzen sucht, je mehr in den letzten Monaten die Kampfbereitschaft der Kollegen wuchs, desto mehr wurde von der Bourgeoisie die Propaganda für Mystizismus und Religion verstärkt.** Zum Beispiel das Lügenmärchen vom Kometen Kohoutek, der auf die Erde zurasen würde und alles zu vernichten drohe, zum Beispiel das große Theater um den „Zauberer" mit den „überirdischen Fähigkeiten" Uri Geller, die Zeitungsserien über die großen „Fähigkeiten" der Wahrsager. Oder die Fernsehsendungen, Zeitungsartikel über Leute wie Däniken mit seiner absurden Entstehungstheorie der menschlichen Gesellschaft oder auch die Berichte über das „friedliche und fromme" Leben von religiösen Sekten mit mystischen Kulten wie den Hare-Krishna-Leuten usw.

Es ist der Versuch der Bourgeoisie, die Werktätigen über ihr tatsächliches Los im Kapitalismus zu täuschen, ihnen den klaren Blick für ihre wirkliche Befreiung, die Niederschlagung des kapitalistischen Systems zu nehmen. Ein Manöver, um den Werktätigen eine ihnen fremde Ideologie aufzudrängen. **Denn es ist das ureigenste Interesse des Proletariats, seine Lage tatsächlich umfassend zu erkennen, die Gesellschaft und ihre Gesetzmäßigkeiten wissenschaftlich zu erforschen, um sie in seinem Interesse verändern zu können.** Hingegen entspricht es der Ideologie der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, die wirklichen Klassenverhältnisse zu verklären, ihren Charakter zu leugnen und zu vertuschen, um das Proletariat an seinem Kampf zu hindern und die eigene Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten.

BAUERN IN DER LÜNEBURGER HEIDE:

Kampfbereit gegen die Herren in Wolfsburg

Korrespondenz. Am Südrand der Lüneburger Heide, wenige Kilometer nördlich von Wolfsburg, liegt die Gesamtgemeinde „Boldecker Land". Sie gehört zum Abwasserverband Wolfsburg.

Um für eine so große Stadt wie Wolfsburg das Abwasserproblem wie sonst üblich zu lösen, braucht man eine große Vorwassermenge (Meer, große Flüsse oder Seen). Dies aber gibt es hier nicht. Um nun aber nicht für wahnsinniges Geld die Abwässer weit zu transportieren und an einer fernen Wasserquelle auch noch teure Kläranlagen und Faultürme bauen zu müssen, besannen sich Wolfsburgs Herren auf die Bauern. Für einen – zur Zeit noch erträglichen – Betrag pro Morgen Land werden die mit Wasser verlängerten Abwässer auf die Felder und Äcker geregnet. Wer im Abwassergebiet Land besitzt, ist verpflichtet, Mitglied zu werden und dafür zu bezahlen.

Nun aber steht den Bauern eine Erhöhung der Abwässergebühren ins Haus. Obwohl sich die Stadt Wolfsburg verpflichtete, die Kosten, die über die Gebühren hinaus anfallen zu tragen, wird sie eben über Gebührenerhöhungen die Mehrkosten auf die Bauern abwälzen. So schaffte die Stadt jetzt neue Regner an für 45 000 DM das Stück. Und für die neuen Regner wurden natürlich auch neue Schlepper gekauft.

Da die Bauern aber aus dem Verband nicht austreten können, sondern zur Mitgliedschaft verpflichtet sind, werden sie die Gebührenerhöhungen zwangsläufig zahlen müssen. Wir sprachen mit einigen Bauern in der Gegend, die ihre Lage recht düster sehen. „Wenn es den Herren in Wolfsburg gelingt, uns zu ruinieren – allein wenn ich schon an die teueren Auflagen bei der Milchabholung denke – wissen wir nicht einmal, wohin. Heute gibt es nur das VW-Werk und da weiß man ja, was sie mit den Arbeitern machen: Kopfgeld, Kurzarbeit, Kündigung. Da ist für uns kein Platz."

In Wolfsburg haben es die Kapitalisten besonders gut verstanden, sich aus den ruinierten oder verarmten Kleinbauern eine industrielle Reservearmee von Neben- und Zuerwerbsbauern zu schaffen. Den VW-Kapitalisten kommt dabei noch zugute, daß sie eine völlige Monopolstellung besitzen, was die Arbeitsplätze anbelangt.

Verbittert über die düsteren Aussichten und zornig über die ins Haus stehende Erhöhung der Abwässergebühren meinte ein Bauer, daß nur vereinter Kampf der Bauern in der Gegend Abhilfe schaffen kann. „Eigentlich müßte uns Wolfsburg noch was zuzahlen; denn so billig wie die wird niemand sonst seine Abwässer los. Aber sie haben es leider geschafft, uns hier wie in vielen anderen Fällen zu vereinzeln. Es ist doch klar, daß wir nur gemeinsam denen da oben klar machen können, was wir von ihnen halten. Wir müßten den Hahn zudrehen, bis in Wolfsburg die Klodeckel hochkommen und den Herren im Rathaus der Kram vor die Tür gekarrt wird. Eine andere Sprache verstehen die nicht!"

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
A) Probenummer ○ B) Abonnement ab Nr......

Beruf, ...
Name, Vorname ....
Postleitzahl/Ort ....
Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)
Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Di 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel: 0621/37 67 44

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel. 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltungen

KARLSRUHE:
Arbeiterrunde: „Solidarität mit dem 3. Hungerstreik der politischen Gefangenen/Zur Ideologie der RAF", Clubraum des Athletiksportvereins Daxlanden, Karlsr.-Daxlanden, Kornweg Abzw. Pfalzstr., 14. 10., 20 Uhr.

HAMBURG:
„25 Jahre VR China", 12. 10., 19 Uhr, „Stübens Gesellschaftsräume", HH-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich.

BIELEFELD:
„25 Jahre VR China", 12. 10., „Neue Börse", Jällenbecherstr. / Ecke Mellerstr.

FRANKFURT:
„25 Jahre VR China", 13. 10., 18 Uhr, „Alter Fritz", Frankfurt-Unterliederbach, 18 Uhr.

WESTBERLIN:
Veranstaltung der Bezirksleitung Nord der KPD/ML Westberlin: „25 Jahre VR China", 12. 10., 15 Uhr, ‚Eichhornklause', Eichhorndamm 98.

Zeitschriften aus China

PEKING RUNDSCHAU

Eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.

CHINA IM BILD

Eine Monatsschrift im Großformat mit reichem Bildmaterial über Chinas neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus auf verschiedenen Gebieten.

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.